

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Drahsestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 13

Berlin, den 30. März 1929

4. Jahrgang

Die Wiedergeburt der Natur.

Blutend stürzt aus den Sphären
lebenszeugendes Licht,
Von fernem Vergen braust singend
lebenswunderbar Höhn,
Grünender färbt sich
des Walbes dunkles Gesicht,
Wähe springen zu Tal
von sonnengefähten Höhn.
Jugend regt sich der Keim,
bricht seine Hülle entzwei
Erdige Frische veratmet
die verlangende Flur,
Lerche feiert in Trillern
lebenslebendig und frei
Die Auferstehung —
die Wiedergeburt der Natur!
Atmet, ihr Menschen,
die ihr verwintert seid,
Den mürzigen Sturm
mit schöpferischer Lunge ein,
Lasset ihn brausen ins Herz,
öffnet es hoffnungsbereit,
Damit es randvoll sich fülle
mit neuer Freude am Sein.
Müttelt und schüttelt vereint
der Menschheit saftigen Stamm,
Damit sein morsches Geäst
falle in nützige Spur.
Feiert frei wie die Lerche,
nicht wie das Osterlamm,
Die Auferstehung —
die Wiedergeburt der Natur!
Victor Kalinowski.

Osterfeier und Weltfühling.

Ostern! Ein Aufatmen unserer Brust. Also endlich doch Ostern! Endlich doch nach diesen harten Monaten der Kälte wieder Leben, neues Leben! Die Sonne steigt. Die Säfte dringen in die Zweige. Die Knospen schwellen. Natur ist schwanger. Ja, Natur ist Mutter Natur, liebende, gute, immer neu Leben schenkende Mutter.
Ostern ist das Fest der Mutter Natur seit ewigen Zeiten. Der Göttin Ostara war es einst geweiht, nach der das Fest seinen Namen bekommen. Das Fest der Fruchtbarkeit war es. Und das Ei als österliches Symbol, der Hase als Osterfährtenbild: nichts als der Ausdruck der Fruchtbarkeit alles Lebens, des ewigen Gebärens, des Schwellens und Wachsens zu neuem Leben.
Vom Christentum wurde das Fest dann übernommen und mit christlicher Gedankenwelt erfüllt. Es wurde als das Fest der Auferstehung gefeiert. Aber der Osterhase blieb sich nicht mehr vertreiben und das Ostereier blieb, und Ostern blieb neben

dem kirchlichen Feste immer das Fest der Fruchtbarkeit und des ewig neu sich verjüngenden Lebens durch mütterliche, schenkende, liebende Tat.

Und dann erfüllte in diesen Jahrzehnten ein neuer befreiender Gedanke die Massen wie Frühlingshauch. Da regte es sich in der Brust. Da wurde sie weit. Da schwellte es vor Wollen und Tat und Glauben. Die Menschheit hat ihren Frühling noch vor sich! Und was da so lebendig und sehnd in den Menschenherzen drängte, das war ein Wollen und Suchen nach diesem Frühling. Das war ein Schwellen wie das Schwellen der Knospe draußen. Das war ein Sehnen und Wollen wie da draußen das Streben des Lebens nach Licht. Ja, Natur ist Mutter Natur, und junges, liebendes Leben so wonnig und sonnig wie nie zuvor trägt sie unter dem Herzen in der Menschenbrust.

Alles soll werden neu und schön durch uns! Alles anders, alles ganz anders! Und Ostern, dann hat dieser Glaube der Brust seinen Feiertag. Ostern ist ja das Fest der Fülle, die da nach außen drängt, das Fest des Lebensreichtums, das Fest der schwellenden Knospe und der wogenden Seele. Leben! Schenken! Lieben!

Wer fühlt in einer feierlichen Stunde seines Herzens nicht solch ein österliches Erwachen der Freude in sich? Ja, wir fühlen alle das österliche Werden der Welt, weil wir alle den Sinn fühlen, den unsere Befreiung haben soll. Wäre der Kampf des Gewerkschaftsverbandes nur Kampf um das Brot, um des Brotes willen, ohne den Gedanken des Rechts, wir hätten das Ostern der Menschheit nicht. Aber wir wollen im Kampfe für soziale Hebung den Gedanken des Menschen und im Kampfe gegen die Ausbeutung die Idee der Gerechtigkeit erleben. Der Mensch redt sich. Das sind nicht nur äußerliche Gestaltungen und äußerliche Formungen, die da werden sollen. Aus dem Freiheitsdrange des Lebens wachsen sie heraus. Aus dem tiefsten, heiligsten Borne des Menschlichen. Wir wollen Menschen sein. Frei und gültig. Und Recht soll sein, weil nur im Rechte freie Menschen sind. Und keiner soll Knecht sein und keiner unfrei, und keiner des andern Herr, weil nur unter freien Menschen freies Leben, liebendes, schenkendes Leben ist wie im Frühling.

Osterglaube ist Glaube an hohe Ideale. Osterfühlen ist sonniges Fühlen von einem neuen freien Glück. Unser Herz ist voll vom Streben nach Güte, überboll vom Sehnen nach Menschlichkeit. Schenken möchten wir uns wie Mutter Natur sich ewig neu und in Fülle schenkt.

Und es drängt da so stark in uns. Da will es in uns. Wir können nicht still sein. Leben! Vorwärts zur Tat!

Kampf! Du herrliche Befreiung unserer österlich schwellenden Seele. Kampf, du beglückende, Frühling schaffende Befreiung unserer selbst!

Feiert Ostern: als dieses Ostern des Kampfes! Feiert mit solchem Ostern des Kampfes den großen, herrlichen Sinn unserer schwellenden Zeit!
Dr. Gustav Hoffmann.

Entwertung des Unternehmungsgeistes.

Die D-Banken haben in kurzer Folge ihre Berichte und Bilanzen nacheinander veröffentlicht. Sie sind bemerkenswerte Zeugnisse über die gegenwärtige Lage der Wirtschaft und die Einstellung maßgebender Wirtschaftsführer dazu. Die vier Institute (Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter und Nationalbank) hatten im verflochtenen Jahre einen Gesamtumsatz von 792 Milliarden Reichsmark. Das Eigenkapital beträgt 800 Mill. RM. Diese Ziffern beweisen allein schon, daß die Großbanken einen großen Teil des Nationalvermögens kontrollieren und vor allen Dingen über eine Menge maßgebender Industrieunternehmungen herrschen. Wenn derartige bedeutsame Unternehmungen zu den Fragen der Wirtschaft das Wort nehmen, so darf man erwarten, daß eine solche Stellungnahme von großem Gesichtspunkte aus, nämlich vom Standpunkt des Gemeinwohls, geschieht.

Man ist schmerzlich enttäuscht, wenn man die Lektüre der Großbankberichte genossen hat. Es ist dort weder etwas von Großzügigkeit, noch von vorausschauender Initiative oder von anregenden Entwicklungsmöglichkeiten zu spüren. Statt dessen aufgewärmte Lohndrücker, Klagen über hohe Steuern, soziale Lasten, über das staatliche Schlichtungsweisen und was dergleichen Dinge mehr sind. Darin stimmen alle Berichte überein. Die Deutsche Bank erwähnt in ihrem Geschäftsbericht u. a. folgendes: „Die Unternehmer sehen sich gezwungen, wenn die Lohnhöhe nicht durch Produktionssteigerung ausgeglichen werden kann, Ertrag der teuren Menschenhände durch Maschinenarbeit zu suchen oder durch Zusammenfassungen und Zusammenlegungen der Betriebe billigere Massenproduktion anzustreben.“ Die Deutsche Bank ist die größte Privatbank hierzulande. Wenn diese von teuren Menschenhänden spricht, dann sollte man erwarten, daß sie dies nicht leichtfertig tut. Dennoch wird aber wohl niemand behaupten wollen, daß die Arbeitskräfte in Deutschland allzu teuer sind. Es gibt eine ganze Reihe Industrieländer, wo die Lohnverhältnisse wesentlich teurer sind. Von den 15 Millionen gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen haben mehr als die Hälfte ein Einkommen bis zu 200 RM im Jahre. Wenn Derartiges feststeht, dann ist es bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung, von teuren Menschenhänden zu sprechen.

Die Disconto-Gesellschaft muß einen hohen Stand der deutschen Wirtschaft feststellen: „Eine ihren hohen Stand gut behauptende gewerbliche Erzeugung, steigende Arbeitseinkommen und mindestens der Vorkriegshöhe entsprechende Umlauf- und Verbrauchsziffern bilden die hervor-

stechenden Merkmale des Wirtschaftsjahres 1928.“ Trotzdem dies geschieht, schreibt diese Bank, nachdem sie die Sozialversicherung einer Kritik unterzogen hat, folgendes: „Es entsteht die Gefahr, daß eine verantwortungslose Generation heranwächst, die von der Wirtschaft, aus deren Ertrag die Sozialpolitik allein ihre Mittel schöpfen kann, stets nur zu fordern, nicht aber auch ihr zu geben gewillt ist. Die staatliche Lohnpolitik hat einen der wichtigsten Faktoren unter den Produktionskosten in einer Weise verteuert, die schwere Beeinträchtigung der Rentabilität und mit ihr der Kapitalbildung zur Folge hat.“ Ueber die „verantwortungslose Generation“ wollen wir an dieser Stelle mit der Direktion der Disconto-Gesellschaft nicht streiten. Große Verwunderung erregt es jedoch, wenn in dem Geschäftsbericht einer solchen Großbank von den Löhnen allein als Produktionskosten die Rede ist, ohne dabei zu erwähnen, daß die Lohn- und Gehaltseinkommen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung letzten Endes den Untergrund für eine gedeihliche Entwicklung abgeben. Nur bei einem einigermaßen vertretbaren Lohnniveau ist eine Geschäftsentwicklung möglich, die die Bank selbst an Hand ihrer Ergebnisse durch folgende Zahlen illustriert: Wechselkurs 1926 gleich 100, 1927 = 155, 1928 = 243; Scheckeingang 1926 = 100, 1927 gleich 143, 1928 = 168.

Die gesamten Umsätze der D-Banken geben ein eindrucksvolles Bild von einer immerhin gesunden Wirtschaft. Die Entwicklung derselben in den letzten vier Jahren ist folgende: 1925 897, 1926 513, 1927 677 und 1928 792 Milliarden Reichsmark. In dem gleichen Umfang als die Geschäftsumsätze sind auch die Gewinne der Großbanken gestiegen. Die offenen und stillen Reserven übersteigen teilweise das Aktienkapital. Angesichts dessen sind die Klagen und pessimistischen Behauptungen der Großbanken nicht als die Ausgeburt eines ausgeprägten Fatalismus. Wie soll die Wirtschaft neue Kraft schöpfen, wenn die maßgebendsten Führer des Finanzkapitals eine derartige wilde Resignation an den Tag legen? Ueberestimmend wird festgestellt, daß der Kapitalmangel eine der Hauptursachen des langwierigen Vormarschreitens der Wirtschaft ist. Dies wirkt von jener Seite um so befremdender, da die Verteuerung des Lebensmittels letzten Endes in der überhöhen Spanne zwischen Soll- und Haben zusehens ihre Ursache hat. Würden die Banken sich mit weniger Gewinn begnügen, so würde der produktiven Wirtschaft eine große Erleichterung verschafft. Doch die Großbanken scheinen an allen nobel liegenden Dingen nicht zu denken. Man beweist sich in allgemeiner Notheit, ohne selbst zur Ueberwindung der Schwierigkeiten Hand ans Werk zu legen.

Auf einen etwas anderen Ton ist der Geschäftsbericht der Darmstädter und Nationalbank gestimmt. Der maßgebende Kopf dieses Instituts, Jakob Goldschmidt, hat im allgemeinen einen freieren Blick für die Belange der Wirtschaft. Er scheut sich auch nicht, seinen eigenen Klagen genossen unverblümt die Wahrheit zu sagen. So finden wir in dem Bericht Goldschmidts die Mahnung, daß die Wirtschaft „durch eine Propaganda entschlossenen Handelns“ der Entwicklung neue Wege weisen solle: „In ruhiger Abwägung unseres Wollens gegen unser Können und im Bewußtsein dessen, daß die Zeit unbegreiflich Tempo und Ausmaß unserer Leistungen bestimmt, müssen wir alle Kräfte systematisch konzentrieren auf die Erreichung von Stabilität und Kapitalbildung, diesen beiden kraftspendenden Elementen jeglicher Wirtschaft. Trotzdem aller überzeugenden Beweise werden diese Faktoren in Deutschland, wo im Unternehmertum jubelnd Bürokratismus und in der Bürokratie jubelnd Unternehmertum sich ausbreiten beginnt, noch immer nicht genügend beachtet.“ Ein solcher Vorwurf von dieser Seite wiegt besonders schwer. Die Unternehmer sollten sich Mühe geben, ihre bürokratischen Gierhaken abzulegen und dafür die schöpferische Kraft eines selbständigen Unternehmertums wieder zu entwickeln.

Nach einem Zitat des Präsidenten der Vereinigten Staaten hält Goldschmidt den deutschen Unternehmern folgendes vor: „Bei uns besteht noch immer die Tendenz, Risiken auf die öffentliche Hand abzuwälzen, ohne sie durch Schaffung bürokratischer Einrichtungen aus der Wirtschaft nach Möglichkeit auszuschalten. Das Unternehmertum muß zwar auf Sicherheit seines Einkommens und Sicherung vor Verlusten durch vorstichtige kaufmännische Methoden bedacht sein, aber es darf den Wert des freien verantwortungsvollen Schaffens nicht verlernen, das allein die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens bringt und dem alten kaufmännischen Grundgesetz Treu und Glauben, der in bedenklicher Weise ins Land geraten ist, wieder zu seiner hohen Bedeutung verhilft.“ Nach diesen Ermahnungen erklärt Goldschmidt, daß „die individuelle, leistungsfähige, von gegenseitigem persönlichem Vertrauen getragene Arbeitsgrundlage zurückgewonnen“ werden müsse. Die Geschäftsunsucht und Apathie sei wesentlich „durch die Entwertung des Unternehmungsgeistes mit verursacht“. Das sind harte Worte, die sich unsere Unternehmer deutlich hinter die Ohren schreiben müßten. Aber auch die folgenden, die im obigen Zusammenhang im Handelsblatt der „Völkischen Zeitung“ Nr. 130 geäußert werden: „Der ewige Blick auf die Reparationen, das Angstgeschrei über die Auslandsanleihen, die propagandistischen Lehretreibungen über die Mißwirtschaft des Staates und der öffentlichen Hand haben dazu geführt, daß das Unternehmertum die Courage verloren hat, ohne die man nichts unternehmen kann. Man hat sich solange in einem Fatalismus hineingeredet, bis man selbst in seiner Schaffenskraft erlahmt ist. Aus Verhandlungsbündnissen und klammernden Protesten, die anfangs gar nicht so ernst gemeint waren, ist allmählich ein Fatalismus entstanden, der die Wirtschaft empfindlicher trifft, als die Gemütskräfte von außen.“

Dem ist wenig hinzuzufügen. Ein großer Teil des deutschen Unternehmertums hat sich zu Magerkuebern entwickelt. Das von derartigen Zeitgenossen keine nennenswerten Schöpfungen erwartet werden können, dürfte unüber zu erkennen sein. Die Berichte der Großbanken sind ein lehrreiches Spiegelbild der herrschenden Strömungen im Bereiche deutscher Wirtschaftsführer. Die Arbeiterbewegung kennt die ihr zugeordnete Rolle, als Sündenbock zu gelten, antizipiert ab.

Sozialpolitische Reaktionen am Werk

Im Reichsjahrbuch ist bekanntlich nicht genügend Geld, um die notwendigen Verpflichtungen zu decken. Der verantwortliche Reichsfinanzminister, der nun das Geld braucht, kann auf neue Einnahmen, ihm blieb dabei kein anderer Weg, als neue Steuern zu verlangen, wenn die Parteien auf der Durchführung ihrer Forderungen, die höhere Ausgaben bedingen, bestehen bleiben. Das Verlangen von neuen Steuern löste nun den Unwillen fast sämtlicher Parteien des Reichstages aus, sie hätten es lieber gesehen, wenn der Reichsfinanzminister ein Wunder vollbracht hätte, um seine leeren Kassen zu füllen. Da dies Wunder ausblieb, neue Steuern nicht beliebt waren, kamen die Parteien auf Sparmaßnahmen bei den Ausgaben des Reichshaushalts. Einige Parteien redeten nur vom Sparen, wie gelehrt werden sollte, sagten sie nicht, aber der Reichshaushalt machte einen richtigen Sparvoranschlag auf Kürzung der Ausgaben des Ordinariums (gewöhnlicher Bedarf des Staatshaushalts) von 100 Millionen RM, davon sollen allein beim Etat des Reichsarbeitsministeriums 20,1 Millionen eingespart werden. Die Kosten verteilen sich im einzelnen: 32 Millionen beim Reich zur Familienversicherung, 16,1 Millionen beim Reichsbeitrag zur Invalidenversicherung, 55 Millionen bei der Reichsversicherung und verwandten Erwerbslosenfürsorge und 15 Millionen bei anderen Positionen.

Die anderen Summen sollen bei den Reichsministerien und bei den Landesverwaltungen eingespart werden. Der Sparvoranschlag des Reichshaushalts hat nun, soweit er die Minderung der Sozialausgaben zum Ziele hat, den Beifall des Unternehmertums gefunden. Er löste einen allgemeinen Antikommunismus der Sozialreaktionäre auf die Sozialpolitik aus, weil die Leute des Glaubens sind, wenn über Reformen werden müßte, dann hätten das die Herrlichen der Namen, die Invaliden, die Wöchnerinnen und die Erwerbslosen zu spüren.

Wie mag es in den Köpfen dieser Leute spuken, die solche Pläne ausdenken, die nicht denen wegnehmen wollen, die viel haben, sondern denen, die nichts haben. Die Sparmaßnahmen werden auch mit „Material“ begründet, dieses wird ja in Form von Maschinen — Arbeitskräfte bekommen mehr Unterhaltung als Arbeitende verdienen u. ä. — in der bürgerlichen Presse als Beweise für anachronische Mißbräuche veröffentlicht. Der Sturm auf die Sozialpolitik wird also mit sehr jedenscheinigen Argumenten geführt.

Um einige wesentliche Merkmale hervorzuheben, sei darauf verwiesen, daß die Reichsrenten in der Lage ist, aus eigenen Mitteln, ohne Reichszuschuß, das ganze Jahr hindurch 500 000

Hauptunterstützungsempfänger zu befriedigen. Wenn natürlich eine so gewaltige Steigerung der Arbeitslosenziffer eintritt wie in diesem Winter, dann reichen die Mittel, die durch die Erwerbslosenerwerbsversicherung aufgebracht wurden, nicht aus.

Bei den Invaliden steht es doch so, daß ihre Mittel infolge des Krieges aufgefressen wurden. Sie bekommen eine Durchschnittsrente von 29 RM im Monat. Der Höchstsatz, der zu erreichen ist, beträgt 57 RM. Das ist doch gewiß zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel, aber dem Hansbald sind die Sätze zu hoch. Er schlägt vor, daran zu sparen. Da das tun sogar Leute, die allein Jahresinkommen von Hunderttausenden und Millionen von Mark zu verleben haben.

Bei alledem muß noch beachtet werden, daß es gar keine Sparmaßnahmen mit Erfolg sind, die da als der Weisheit letzter Schluss vorgeschlagen werden; denn wenn das Reich die Mittel nicht beschaffen würde, müßten das die Gemeinden tun. Die Sozialreaktionäre scheinen blind zu sein, sonst müßten sie doch die gesellschaftlichen Schäden erkennen und daraus ersehen, daß sie gelindert werden müssen.

Die gesamte Arbeiterschaft tut gut, in sozialpolitischer Hinsicht äußerst wachsam zu sein, sonst kann es dahin kommen, daß die sozialpolitische Fortschritte einbüßt, die nur unter schweren Opfern wieder zu erringen wären. Die Entwicklung in der Sozialpolitik darf nicht rückwärts, sondern muß vorwärts getrieben werden.

Gute Sozialpolitik ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsnotwendigkeit.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband.

Anfang März 1929.

Der starke Frost, im Vereine mit der Konjunkturschwächung haben im Februar Rekordzahlen der Arbeitslosigkeit gebracht. Nach den Zusammenstellungen der Arbeitsämter waren Ende Januar in Deutschland 3 003 069 verjüngbare Arbeitjunge vorhanden. Ende Februar dürfte sich die Zahl um weitere 200 000, also auf ca. 3 200 000 erhöht haben.

Ende 1928	Zahl der unterjüngten Erwerbslosen	Zahl der Kriegsunterjüngten	Insgesamt
Januar	1 332 000	215 000	1 548 000
Juli	564 000	82 900	646 900
Oktober	671 000	93 000	764 000
November	1 030 000	108 100	1 138 100
Dezember	1 702 000	127 400	1 829 400
Januar 1929	2 220 000	145 000	2 365 000
15. Februar	2 300 000	155 000	2 455 000

Gegenüber dem Vorjahr liegt die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 1 Million höher als im Vorjahre, eine gewaltige industrielle Reservearmee, die auf Einrückung in den Produktionsprozess wartet.

Auch die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiter-Verband ist im letzten Monat ganz außergewöhnlich stark gestiegen. Von der Arbeitslosen-Statistik unseres Verbandes wurden Anfang März 465 113 Mitglieder oder 98 Proz. der Gesamtwirtschaft erfaßt. 42 Zahlstellen mit ca. 10 000 Mitgliedern fehlten in der Berichtserstellung. Trotz der außerordentlich ungünstigen Arbeitsmarktlage konnten wir auch für den letzten Monat wiederum eine, wenn auch geringe Mitgliederzunahme feststellen; ein sehr beachtenswertes Zeichen für die starke Werbetaft des Verbandes und für die Stabilität der Mitgliedschaft. Von der in der Arbeitslosen-Statistik erfaßten Mitgliederzahl waren insgesamt 93 761 oder 20 v. H. arbeitslos und 29 130 oder 62 v. H. arbeiteten verkürzt. Jedes 5. Verbandsmitglied war demnach arbeitslos und jedes 16. mußte verkürzt arbeiten. Die Verhältniszahlen für Anfang Februar und Januar waren 15,9 und 14,1 für Arbeitslose und 5,7 bzw. 4,0 für Kurzarbeiter. Dagegen waren Anfang März 1928 7,1 v. H. arbeitslos und 1,6 v. H. arbeiteten verkürzt. Demnach die Verhältniszahl für die vorkriegszeitlichen Mitglieder des Verbandes in der gleichen Zeit des Vorjahres 92 v. H. betrag, ist sie in diesem Jahre auf 77,9 v. H., also um 15,3 v. H. niedriger.

Die sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Uebersicht hervor:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Jan. 1929			Ende Febr. 1929		
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	11,0	13,2	15,9	21,3	15,6	20,0
In der Industrie:						
Chemie	7,6	11,4	8,5	8,4	12,2	9,5
Papier	4,8	6,0	5,1	6,7	7,6	6,8
Nahrungsmittel	13,5	16,5	13,3	10,6	19,3	17,7
Spinnwaren usw.	30,8	17,2	23,4	28,5	17,0	22,4
sonstige	24,2	14,1	21,2	27,4	15,4	23,7
Kernarbeiter Bund insgesamt	25,4	15,2	23,5	32,7	19,1	20,1
in Bergbau	12,4	9,6	11,3	13,0	9,7	11,7
in Eisen	13,3	10,8	12,9	14,1	13,0	13,9
in Maschinenbau, Holzindustrie	26,7	25,5	35,7	49,5	40,4	45,0

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verkürzt:

	Ende Jan. 1929			Ende Febr. 1929		
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	4,9	8,5	5,7	5,5	8,7	6,2
In der Industrie:						
Chemie	3,7	8,7	4,9	3,1	7,2	4,1
Papier	2,2	7,5	3,3	3,8	6,9	4,4
Nahrungsmittel	2,7	2,1	2,6	2,1	1,0	2,3
Spinnwaren usw.	13,1	18,7	13,4	15,4	23,0	20,5
sonstige	3,4	6,1	4,2	3,3	5,9	4,1
Kernarbeiter Bund insgesamt	6,5	9,9	7,2	7,5	11,3	8,5
in Bergbau	15,4	14,6	17,0	20,4	15,7	18,6
in Eisen	3,5	6,5	3,9	5,2	10,2	6,0
in Maschinenbau, Holzindustrie	4,1	3,5	4,2	4,5	5,9	4,9

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Industriegruppen mit Ausnahme der Spinnwaren-Industrie — die allerdings einen außer-

gewöhnlich hohen Prozentsatz an Arbeitslosen aufweist — gestiegen. Die große Kälte am Ende des Monats hatte in vielen Betrieben technische Produktionsstörungen hervorgerufen. Es waren es die unmittelbaren Wirkungen der Kälte, wie Einfrieren der Gewässer usw., zum anderen Teil der durch Verkehrsstörungen verursachte Kohlenmangel, die zu Produktions-einschränkungen zwangen. Dadurch erscheint die Beschäftigungslage auch in solchen Industrien, die an und für sich weniger von Witterungseinflüssen abhängen, weit ungünstiger, als nach dem Stande der Konjunktur zu erwarten war. Die inzwischen eingetretenen normalen Witterungsverhältnisse dürften hier bereits eine erhebliche Korrektur zum Besseren vorgenommen haben.

Die niedrige Arbeitslosigkeit von allen Industriegruppen weist nach wie vor die Papiererzeugungs-Industrie auf. Infolge der vielen durch die Kälte verursachten Produktions-einschränkungen ist die Zahl der Arbeitslosen jedoch auf 6,8 v. H. gestiegen. Auch die chemische Industrie weist eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit auf. Hier haben die Kälteeffekte den normalen Produktionsverlauf ebenfalls gestört. Nach der Abfahrlinie sind Hemmungen, insbesondere für die Düngemittel-Industrie, aus dem lange anhaltenden Frost entstanden. In der Nahrungsmittel-Industrie trat ebenfalls eine erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit ein. In der feinkeramischen- und in der Glas-Industrie ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit unerheblich, die Gesamt-lage jedoch recht ungünstig. Die größte Einschränkung der Beschäftigung hatte die Gruppe Grobkeramik und Bau-stoff-Industrie zu erleiden. Dort waren Ende Februar über 50 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos oder arbeitete verkürzt. Produktionsstörungen und Abgabemangel zwangen die Winterbetriebe der Ziegel-Industrie, zahlreiche Werke der Zement- und Kalk-Industrie, der Industrie feuerfester Erzeugnisse usw. zur Einschränkung, z. T. zur völligen Arbeits-einstellung.

Nach der geographischen Verteilung war die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes am stärksten in den Landesarbeitsamtsbezirken Westfalen, Preußen und Kommerz, Bezirke, in denen der Anteil der Baustoff-Industrie an der Mitgliederzahl unseres Verbandes besonders hoch ist. In den übrigen Bezirken lag die Arbeitslosigkeit in der Höhe des allerdings sehr hohen Durchschnitts. Den günstigsten Stand der Arbeitslosigkeit weist Niedersachsen mit 15,6 und Süddeutschland mit 14,7 v. H. der Mitglieder auf. Welch ungeheuren Umfang die Arbeitslosigkeit in der Baustoff-Industrie erreichte, dafür einige Stichproben aus Zahlstellen mit bedeutender Baustoff-Industrie.

Von je 100 Mitgliedern aus der Baustoff-Industrie waren arbeitslos:

In Elbing		In München	
In Elbing	100	In München	65
" Insterburg	89	" Straubing	75
" Schneidemühl	100	" Deggendorf	100
" Kulmburg	96	" Weiden	92
" Köslin	98	" Neißbrunn	84
" Breslau	70	" Deibelberg	80
" Genthin	94	" Ludwigshafen	97
" Detmold	80	" Sveyer	95
" Neubredum	75	" Söhr-Westertal	72
" Werra	63	" Krefeld	96
" Göttha	100	" Andernach	78

Das sind unmeßbare Zahlen, die noch weit über den Kriegswinter 1925/26 hinausgehen. Hoffentlich vollzieht sich mit dem Witterungsumschlag auch eine tiefgreifende Wandlung zum Besseren auf dem Arbeitsmarkt.

Die verheiratete Frau im Erwerbsleben.

1. Weichen in der Beschäftigung Unterschiede verheirateter und unverheirateter Frauen?

Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden vom Jahre 1927 sind auch über diese Frage besondere Erhebungen angestellt worden. Die Führer, Ober-regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, hat im Sonderbericht über Arbeitererhebungen in dem Kapitel: „Beschäftigung verheirateter Arbeitnehmerinnen in Gewerbe und Handel“ darau-

besonders hingewiesen. Die Erhebungen haben ergeben, daß wesentliche Unterschiede in der Beschäftigung verheirateter und unverheirateter Frauen eigentlich nicht festgestellt werden konnten. In den meisten Fällen ist bei der Anstellung von Arbeiterinnen ihre Tüchtigkeit ausschlaggebend. In den Be-richten wird aber angeführt, daß die Arbeitgeber bei Be-setzung von Vertrauensposten, wie: Meisterin, Aufseherin, Vor-arbeiterin, usw., Verheiratete bevorzugen, weil sie zuverlässiger, gewissenhafter und sechfter seien als jüngere, unverheiratete Frauen. Ueberhaupt würden verheiratete Frauen gern zu Arbeiten herangezogen, die gewisse Erfahrung erfordern.

Nach einem Hamburger Bericht werden Verheiratete besonders in solchen Betrieben beschäftigt, in denen sich die Arbeit unter unangenehmen Begleiterscheinungen (wie großer Hitze, Staub- und Dunstentwicklung, Risse, Schmutz, usw.) ab-spielt. Hier darf wohl an die Arbeit in den Lumpenfortier-anstalten erinnert werden, die überwiegend Arbeit verheirateter Frauen ist. Gerade die verheiratete Frau muß, durch die Not-gezwungen, zur nächstliegenden Arbeitsgelegenheit greifen, weil sie durch die Bindung an den Haushalt weniger wahlberäufert sein kann als die ledige Arbeiterin.

In den Klittereien sollen in erster Linie Verheiratete be-vorzugt werden, weil bei dieser anstrengenden Arbeit kräftigere, vollentwickelte Personen über 18 Jahre gebraucht werden. Die besonders guten Leistungen der verheirateten Frauen für die Fischindustrie im Schleswiger Bezirk werden in den Berichten ebenfalls hervorgehoben.

Für die Arbeitszeit besteht im allgemeinen kein Unterschied bei verheirateten Frauen und unverheirateten Frauen. Eine besondere Rücksicht auf den Haushalt wird nicht genommen, und da der größte Teil der beschäftigten Verheirateten unter wirt-schaftlichem Zwang stehen, auch meist nicht gefordert. Aus-genommen sind verschiedene ländliche Gegenden, aber auch nur zu bestimmten Jahreszeiten. So wird aus Württemberg u. a. berichtet, daß zu den Zeiten der Weiz-, Getreide- und Kartoffelernte oft 10 bis 40 Prozent der Verheirateten, darunter natürlich auch die verheirateten Frauen, der Arbeit fernbleiben, und zwar je nach Wetterstand 1 bis 3 Wochen. Verschiedentlich verwenden die verheirateten Frauen auch ihren Urlaub dazu, größere land- und hauswirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Hier kann natürlich von Erholung während der Urlaubstage keine Rede sein, noch dazu gerade die land- und hauswirtschaft-liche Arbeit große körperliche Anstrengung erfordert. Aber das sind ja alles nur „Nebenarbeiten“ für die verheiratete Frau, die sie auf diese Weise erledigen muß. Aus verschiedenen Industrien in ländlichen Gegenden, z. B. in der Zigarren- und Bekleidungs-industrie wird berichtet, daß die verheirateten Frauen kommen und gehen, wann sie wollen. Die Unternehmer, die dies natür-lich nicht gern sehen, müssen sich hier und da aber damit ab-finden, weil häufig Mangel an Nacharbeiterinnen besteht und sie ihre eingearbeiteten Kräfte erhalten wollen.

An Verlängerung der Pausen haben die Frauen wenig Interesse, es sei denn, sie wohnen in ländlichen Gegenden oder in Orten, in denen Wohnung und Arbeitsstätte nicht weit von-einander getrennt liegen. Im allgemeinen ist aber die Ver-längerung der Arbeitszeit und der Wegfall von Ueberstundenarbeit wichtiger als lange Pausen. Im Tarifvertrag der Frieseler Seidenindustrie ist aus Rücksicht darauf festgelegt worden, daß verheiratete Frauen, die ein Hauswesen zu betreiben haben, bei der tariflich zugelassenen Mehrarbeit nicht über 51 Stunden hinaus beschäftigt werden dürfen. Im sächsischen Bericht wird gesagt, daß die verheirateten Arbeiterinnen gern in Wechselarbeit arbeiten, weil dadurch die Arbeitszeiten zusamen-gedrängt ist und im allgemeinen nur 8 Stunden betragt. — In dieser Frage besteht aber keine einheitliche Meinung. Verschieden-lich drängen die verheirateten Frauen nach längerer Arbeits-zeit, um höhere Verdienste zu erzielen. Aber das ist nicht nur in Sachsen so. Und nicht nur bei den verheirateten Frauen. Ueberhaupt nicht nur bei den Frauen. Solange eine Ver-besserung der Frauenlöhne und eine fortschrittliche Verkürzung der Arbeitszeit nicht erreicht wird, bleibt eben die gesundheits-liche Belastung der Arbeiterin bestehen, damit also eine besondere Belastung der Volksgemeinschaft. Darüber gibt es natürlich manche beachtenswerte Statistik. In einer weiteren Betrachtung wollen wir den Gesundheitszustand der verheirateten und un-verheirateten Arbeiterinnen unter Zugrundelegung des amtlichen Materials ebenfalls aufzeigen. Anna Baumert.

Zum Tarifstreit in der Weißglasindustrie.

Bereits in der vorigen Nummer unserer Verbandszeitung haben wir den Kollegen in der Weißglas-Industrie von der bevorstehenden Tarifbewegung zum Neuaufschluß eines Manteltarifvertrages Kenntnis gegeben. Es ist bereits darauf Bezug ge-nommen worden, daß vom SGG. bedeutende Verschlechterungen der bisherigen Bestimmungen des Manteltarifvertrages verlangt werden, während von den Kollegen in der Weißglas-Industrie Verbesserungsanträge durch die Organisation eingereicht worden sind. Die Verhandlungen über den Neuaufschluß des Mantel-tarifvertrages haben am Mittwoch, dem 20. d. M., in Dresden stattgefunden und sind völlig negativ verlaufen.

Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer konnte an Hand verschiedener Vorkommnisse in den Betrieben über An-wendung und Auslegung der bisher gültigen Bestimmungen nach-weisen, daß im Interesse beider Teile klarere Bestimmungen ver-einbart werden müssen. Der Schutzverband Deutscher Glas-fabriken begründete seine ablehnende Haltung zu unseren Forde-rungen mit der sogenannten „schlechten wirtschaftlichen Lage“ der Industrie und hielt an seinen angeblichen Verschlechterungs-ebingungen fest. Er erklärte sich nicht einmal bereit, den gemeinsamen Versuch zu unternehmen, wenigstens in einigen Bestimmungen durch Parteierklärungen Klärung herbeizu-führen. Unter allen Umständen wollen die Industriellen erst das S. S. bei der Regelung der Arbeitszeit, der Abnahmestimm-ungen und der Urlaubsbestimmungen kennen, ehe sie zu den anderen Teilen des Vertrages Stellung nehmen können. Es wurde der Eindruck erweckt, als wenn der Schutzverband Deut-scher Glasfabriken schon mit der Marchroute zu den Verhand-lungen gekommen ist, nur nach den Bestimmungen der Schlich-tungszordnung entsprechende Parteierklärungen mit uns zu-führen. Das unverantwortliche Verhalten ist von uns entspre-chend gekennzeichnet worden, und zwar dahingehend, daß wir es außerordentlich bedauern, daß im Unternehmerlager so wenig Mut zur Verantwortung vorzufinden ist.

Die außerordentlich rückständige Einstellung der Unterneh-mer in der Weißglasindustrie konnten wir schon bei früheren Tarifverhandlungen beobachten, und es war deshalb nicht zu ver-wundern, daß den neuesten Karolen der Spitzenorganisationen der Arbeitgeberverbände umjomehr bei der diesjährigen Tarif-herwegung Folge geleistet wird.

Es wird sich ja nun zeigen, ob die Möglichkeit besteht, bei der unparteiischen Schlichtungsinstanz, die zur Regelung des Tarif-streites eingesetzt werden wird, ein für die Arbeiterschaft an-nehmbares Ergebnis zu erzielen. Die Kollegen in den Betrieben der Weißglasindustrie werden dem Verlauf der weiteren Ver-handlungen die allgeröchteste Aufmerksamkeit entgegenbringen. Mit

welchen Maßnahmen die Unternehmerorganisation weiter vor-zugehen gedenkt, geht recht deutlich daraus hervor, daß der Ar-beiterorganisation die Kündigung der Lohnkarte in den Ver-bandsgruppen I bis V zugestellt werden ist. Auch hier ist es die Absicht der Unternehmer, Verschlechterungen der bisherigen Lohnkarte herbeizuführen, obwohl die Löhne des allergrößten Teiles der Arbeiter in der Weißglas-Industrie als recht niedrig bezeichnet werden müssen und den gegenwärtigen schwierigen Ver-hältnissen nicht entsprechen. Wenn bei solch schlechten Löhnen noch Herabsetzungen verlangt werden, offenbar daß nur recht deutlich den Geist im Unternehmerlager.

Die bisherigen Löhne der Arbeiter in der Weißglas-In-dustrie bedürfen einer dringenden Verbesserung, deshalb hatten die Kollegen in den einzelnen Bezirkegruppen ebenfalls be-schlossen, die Aufkündigung der Lohnkarte vorzu-nehmen und neue Lohnforderungen aufzu-stellen. Wenn Einsicht im Unternehmerlager nicht nach Platz greift, kann es zu recht unliebsamen Erschütterungen im Wirt-schaftsleben der Weißglas-Industrie kommen, an der die In-dustriellen wirklich keine Freude haben würden.

Wir erziehen unsere Kollegen in allen Betrieben, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, und den Weisungen der zuständigen Organisationsleitung zu folgen.

Tarifauflösung in der Flaschenindustrie.

Die Lohnkarte für Flaschen, Demophas, Korbfaschen und Ballons, sowie die örtlich oder betrieblich festgelegten Lohn-tarife sämtlicher übrigen Arbeitergruppen einschließlich der Hilfsarbeiter, sind zum nächstzulässigen Ablauftermin von der Branchenleitung der Gruppe Glas im Germanischen Bund auf-gekündigt worden. Durch die Aufkündigung der Lohnkarte ist den Anträgen der Kollegen aus den Betrieben entsprochen worden. Die Tarifkommission hat sich mit diesen Anträgen befaßt und die Branchenleitung beauftragt, die Kündigung aus-zusprechen. Die aufgestellten Lohnforderungen bewegen sich auf der Grundlage einer zehnprozentigen Lohnsteigerung. Für Flaschenmacher wird ein einheitlicher Zuschlag auf die bestehenden Akkordpreise gefordert. Die Lohnverhältnisse in der Flaschen-industrie liegen zum Teil recht ungünstig und rechtfertigen in vollstem Ausmaße die geforderte Lohnsteigerung. Sobald Verhandlungen stattgefunden haben, erhalten die Kollegen in den einzelnen Orten das Ergebnis zugefleht. Aufgabe aller in der Flaschenindustrie Beschäftigten ist es, sich zu schließen in der Organisation zusammenzusetzen, um die Bewegung zu einem befruchtigenden Ab-schluss zu bringen.

Die Glasarbeiter im Saargebiet

Die Bezirksabteilung Saarbrücken, die das gesamte Saargebiet umfaßt, hat für das Frühjahr 1929 eine großartige Agitation beschloffen. Der größte Teil der Mitglieder der Abteilungen ist fest aus den Gruppen zusammen, die vom Keramischen Bund erfaßt werden. In allen Gruppen ist noch ein sehr reiches Organisationsgebiet anzuschließen, die Zahl der Mitglieder unserer Organisation steht in keinem Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten. Dies gilt auch für die Glasindustrie, vor allem für die Betriebe in Senne und Wadaassen. Aber auch in der mechanischen Fensterglasindustrie in St. Ingbert und Sulzbach müßte das Organisationsverhältnis besser sein. Die Klagenindustrie ist mit Ausnahme von Homburg, dessen Organisationsverhältnisse sich mit dem Saargebiet verschmitten.

Die Lage der Arbeiter im Saargebiet ist im allgemeinen schlecht. Die Preise der Lebensmittel und der Textilien weichen nur gering von den Preisen im Reich ab, während die Löhne niedriger, zum Teil viel niedriger sind. Größere Arbeitslosigkeit ist zu verzeichnen und dadurch ist es schwer, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern.

Das Betriebsratsgesetz besteht im Saargebiet nicht, nur Arbeiterausschüsse sind vorhanden. Ihr Schutz ist gering. Die Schlichtungsverordnung gilt dort nicht. Wohl gibt es einen Schlichtungsausschuß, aber niemand kann gezwungen werden, vor seinem Forum zu erscheinen. Kommt es bei Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zu einem Schiedsbruch, dann kann niemand gezwungen werden, den Spruch anzuerkennen, eine Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung besteht nicht. Unter diesen Umständen kann nur in beiderseitigem Einverständnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, resp. deren Gewerkschaften, eine Verbesserung für die Arbeiter erreicht werden. Ohne diese Vereinbarungen bleibt nur der Kampf übrig. Kampf ist aber nur von einer gut organisierten Arbeiterkraft zu führen, das aber haben die Arbeiter und Arbeiterinnen im Saargebiet noch nicht begriffen.

Die Aufklärung in der Arbeiterschaft zu fördern soll Aufgabe der Referate sein, die von den Vertretern des Keramischen Bundes gehalten werden sollen.

Zahlstellenleitung und Keramischer Bund sind sich natürlich klar darüber, daß die Referenten allein diese Aufgabe nicht erfüllen können. Ertreffliche Mitarbeit aller organisierten Kollegen ist dazu notwendig. Sie müssen das Gehörte auf die den Verhandlungen Fernbleibenden übertragen.

Den Anfang mit den Vertretern machte der Kollege Grünel, Berlin, für das Gebiet der Glasindustrie. Ihm war die Aufgabe gestellt worden, den Auseinandersetzungen zu sehen, welchen großen Faktor die Gewerkschaften auf kulturellem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet spielen. Die außerordentliche Aufmerksamkeit, der Beifall am Schluß und der Wunsch nach baldiger Wiederkehr des Referenten bewiesen, daß er seine Aufgabe zur Zufriedenheit der Kollegen erfüllt hat. Ausgehend von der Zeit der Gründung der ersten Fachvereine schilberte er die Zustände auf den oben genannten Gebieten in den damaligen Zeiten, die nach und nach erkämpften Verbesserungen und am Ende der Ausführungen war den Anwesenden klar, daß ohne den Zusammenschluß der Arbeiter in den Gewerkschaften, und ohne den durch die Gewerkschaften geführten dauernden Kampf, die heutige Lebenslage der Arbeiterschaft nicht erreicht worden wäre. Die Anwesenden waren sich aber auch klar darüber, daß noch vieles getan werden muß und daß die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes um so größer sein werden, je einheitlicher und geschlossener die Arbeiterschaft organisiert ist.

An den Mienen der Kollegen und aus ihren Gesprächen war zu entnehmen, daß sie mit neuem Mut und neuer Begeisterung für die Stärkung der Organisation arbeiten werden. Das notwendige Verständnis ist vorhanden. Vor allem trifft das auf Senne und Wadaassen zu. Im ersten Orte eine Delegationsgruppe von etwa 750 Personen, davon etwa 30 organisiert, fast alles Nacharbeiter. Die gleiche Organisationsstärke in Wadaassen bei etwa 450 Beschäftigten. In beiden Betrieben werden hochwertige Blei- und Kristallgläser angefertigt. Der Versammlungsbesuch erstreckte sich in beiden Orten nicht viel über die Zahl der Organisierten.

In beiden Orten hat auch der christliche Berufsarbeiterverband Mitglieder in annähernd der gleichen Höhe wie wir. Bei den Organisationsarbeiten muß in Betracht gezogen werden, daß in beiden Betrieben eine sehr große Zahl von jungen Mädchen und Mädchen beschäftigt werden, die nur sehr schwer gewonnen werden können. Der Hinweis des Referenten, daß gegenüber dem gezeigten Unternehmens es in der Zukunft auch nur eine geeinte Arbeiterschaft geben darf, fand starken Widerhall in den Versammlungen und berechtigt zu besten Hoffnungen.

In beiden Orten treiben eine Anzahl von Nacharbeitern Handbau mit ihrer Gesundheit. Es wird im Reich nicht verstanden, daß es in Senne Glasmacher gibt, die nach achtstündiger Arbeit am Glasefen noch acht Stunden andere Arbeiten verrichten und daß es andere Arbeiter gibt, die bis zu 32 Stunden hintereinander arbeiten. Im Reich wird der Drang nach Überstunden, der in Senne und Wadaassen zum Teil besteht, nicht verstanden werden. Demerkt man hierbei, daß unsere Arbeitszeitverordnung im Saargebiet keine Geltung hat.

In der mechanischen Fensterglasindustrie sind die Organisationsverhältnisse besser, das gilt vor allem für St. Ingbert u. Sulzbach, auch noch ein reiches Feld zu bearbeiten ist.

Die Sulzbacher Arbeiterschaft leidet an großer Arbeitslosigkeit. Nicht einmal die Organisierten hielten es für notwendig in der augenblicklichen Verfassung zu erscheinen, so daß mangels ausreichenden Besuchs die Versammlung nicht stattfinden konnte. Die Handlungsweise dieser Kollegen kann nicht hart genug beurteilt werden. Was nicht alles Schlimmen im Reich, was seine Verhältnisse bessern will, und das ist auch in Sulzbach sehr notwendig, der muß in gemeinschaftlicher Aussprache mit seinen Kollegen die Wege suchen. Durch Schwänzen der Versammlungen, trotz genügend freier Zeit, beweisen die Kollegen dem Unternehmer ihre Arbeitslosigkeit an der Verbesserung ihrer Lage. Dabei wollen wir gar nicht einmal von der Rücksichtslosigkeit reden, die das Handeln gegenüber den von so weit hergeleiteten Referenten beweist.

Eine sehr gut besuchte Versammlung fand dagegen in St. Ingbert statt. Trotz dreifachem Betrieb und trotz der zum Teil weiten Entfernungen, die die Kollegen zurücklegen haben, waren etwa 150 Personen erschienen. Ergebnis: eine sehr harmonisch verlaufene Versammlung und damit Kontakt zu neuer Tätigkeit für die Organisation und bewußtes Streben zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft.

Zieht man die besonderen Umstände in Betracht, unter denen die saarländische Arbeiterschaft wirken muß und denkt man daran, daß die heut im Saargebiet arbeitenden Kollegen überall organisierte Erfahrungen aus der Reichszeit haben, dann kann bezüglich der Leitung der Versammlungen, die von einem guten Eindruck gesprochen werden. Dessen die Kollegen ihr geübtes Verfahren zur tatkräftigen Mitarbeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die weiteren Versammlungen für die Kollegen aus der Senne und Wadaassen werden hoffentlich den Fortschritt der Arbeiterschaft zeigen. Ob Glas-, Stein- oder Grobkeramik, einer muß für den anderen eintreten. Alle Kollegen muß ein Organ befehlen, den Keramischen Bund und damit die Gesamtorganisation, den Verband der Fabrikarbeiter zu stärken.

Im Anschluß an die genannten Versammlungen fand dann noch eine statt mit den Arbeitern der Gussfabrik in Mannheim-Waldbach. Dort sind die Kollegen weiter vorgeschritten.

Ein wirtschaftliches Referat fand ungeteilt günstige Aufnahme. Ein Vertreter des Berufsverbandes unterstrich die Ausführungen des Referenten und beklagte sich nur, daß dieser für einen Zusammenschluß in eine Organisation eintrat. Er fand keinen Widerhall in der Versammlung und mußte sich vom Referenten lassen, daß es einfach unverständlich sei, daß aufgeklärte Arbeiter noch für die Herrschaft in der Arbeiterschaft eintreten, während die Unternehmer völlig einheitlich organisiert sind.

Aus dem Verlauf der Versammlung war klar zu ersehen, daß ein festes Band der Kollegialität zwischen den Kollegen und der Bundesleitung besteht. Ein glückliches Omen für die Zukunft und Hoffnung auf weitere Stärkung der Organisation im Interesse unserer Mitglieder.

Einer weiteren Verlängerung zu zustimmt.

Die Bundesratsbestimmung, Verlängerung der Ausnahmebestimmungen betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glasfabriken, Glasbleiereien und Glasbleiereien, sowie Sandbläsereien vom 5. März 1902, ist bekanntlich vor zwei Jahren mit Zustimmung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen durch das Reichsarbeitsministerium verlängert worden. Die Verlängerung der Ausnahmebestimmungen machte sich notwendig, da im Arbeitsschutzgesetz sowie im kommenden Jugendschutzgesetz die jetzt noch laufenden Ausnahmebestimmungen für die einzelnen Industriezweige hineingearbeitet werden sollen. Das Arbeitsschutzgesetz ist behauerlicherweise noch nicht fertiggestellt und dürfte auch bei dem bekannten langsame Arbeiten der Gesetzmaschine kaum vor einem Jahr im Reichstag verabschiedet werden. Das Reichsarbeitsministerium war aus diesem Grunde gehalten, über eine kurzfristige Verlängerung der oben bezeichneten Bundesratsbestimmung mit den davon betroffenen Organisationen zu verhandeln.

Die Branchenleitung der Gruppe Glas des Keramischen Bundes hat in der Aussprache, die am 18. März 1929 im RM. stattfand, zum Ausdruck gebracht, daß sie infolge Fehlens von anderen geschlichen Bestimmungen der Bekanntmachung vom Jahre 1902 für ein Jahr noch die Zustimmung erteilt, allerdings unter der Voraussetzung, daß bereits während des Jahres, in dem die Ausnahmebestimmungen noch Geltung haben, Vorberatungen über Abänderung der einzelnen Bestimmungen durch die in Frage kommenden Körperschaften und das Reichsarbeitsministerium vorgenommen werden.

Verschiedene Punkte sind von der Branchenleitung der Gruppe Glas bereits als abänderungsbedürftig nach mündlicher Begründung angegeben worden, und zwar wurde Kritik geübt an der Ausnahmebestimmung für die Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften an Glasefen, ferner an der Zulassung der Frauen beim sogenannten Trockenziehen (Röhren usw.) und an den Ausnahmebestimmungen betr. Zulassung jugendlicher Arbeitskräfte zur Nacharbeit. Es hat noch die Frage der Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften in Hebereien, sowie in der handarbeitenden Tafelglasindustrie bei der Aussprache eine Rolle gespielt.

Von der Branchenleitung der Gruppe Glas werden entsprechende Abänderungsanträge nach Rücksprache mit den einzelnen Zahlstellenleitungen dem Reichsarbeitsministerium unterbreitet werden. Vorläufig wird dringend ersucht, irgendwelche Verstöße gegen die Ausnahmebestimmungen sofort der Branchenleitung zu melden, auch Verstöße, die im Vorjahr erfolgt sind, damit an Hand des zusammengestellten Materials der dringende Nachweis erbracht wird, daß die Ausnahmebestimmungen für die Glasindustrie auf ein Mindestmaß beschränkt werden, und zwar so beschränkt werden, daß sie nicht mit bestehenden anderen geschlichen Bestimmungen kollidieren.

Inzwischen empfehlen wir, daß die Gew. und Zahlstellenleitungen Feststellungen machen, inwieweit eine Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren in kontinuierlichen Betrieben des Nachts noch stattfindet.

Die „Verluste“ der Glasindustrie vor dem Arbeitsgericht.

Die Arbeitgeber der Bleikristallglasindustrie können nicht oft und laut genug darüber klagen, daß nichts verdient wird und meistens nur „Verlustgeschäfte“ zum Abschluß kämen — nur aus Rücksicht auf die Arbeiter, um ihnen Lohn und Brot geben zu können. Zuweilen läßt ihnen doch einmal der Mund über und man hört einmal, welche Verdienstmöglichkeiten bestehen. Ein junger Schleiher sieht als Besogter vor dem

Arbeitsgericht in Glas, und zwar wegen Schadenersatz an seinen Arbeitgeber, aus dessen schuldiger Nachsorge er ohne Kündigung gegangen ist. Die noch vielmal in diesem Gebiet üblich, war er nicht nur bei dem Kleinindustriellen in Arbeit, sondern auch in Kost und Logis, was jedoch in bezug auf das, daß er nach verschiedenen Bemühungen der Arbeitgeber seinen Arbeitsplatz verließ.

Ohne Kündigung. Vielleicht nicht ganz einwandfrei, bei den dortigen Verhältnissen, aber verständlich. Der Arbeitgeber klagt auf Schadenersatz, wegen dem vorgenannten, die die Nichtigkeit des erlassenen Schadens beweisen sollen. Doch folgen wir der bescheidenen Aussage: „Der Wert der Waren, die zwar bestellt, aber nicht geliefert wurden, beträgt mindestens 600 RM. Die Waren konnten dann nicht verkauft werden. Da nach meiner Kenntnis ein Schleiher pro Tag eine erhebliche Leistung haben kann, bin ich der Meinung, daß der Arbeiter die Natur seiner drei Filialen Breslau, Gleiwitz und Leuthen, Ober-Schlesien, hätte berücksichtigen können, wenn der Beklagte die Kündigung nicht ausgearbeitet hätte. Ich schätze den Schaden der Firma“ für jede der 3 Filialen auf 600 RM, insgesamt auf 1800 RM.“

So sehen also die Verlustgeschäfte aus, dabei betruet die Kündigungszeit nur 1 kleiner Wache. Für diesen kurzen Arbeiter, dessen Arbeitskraft solche Verdienste für den Arbeitgeber zu schaffen vermag, reicht es nicht einmal zu einer ordentlichen Beförderung aus.

Der Schleiherhilfe wurde verurteilt, wie aber werden zu gegebener Zeit diese unter Eid gemachte Aussagen den Herren vorgetragen. Werden sie das Zeugnis noch anerkennen, wenn wir verlangen, daß die Löhne der Glasarbeiter um ein geringes erhöht werden sollen?

Hörstel.

Unter den Glasmachern der Glasfabrik Hörstel ist die Grippe ausgebrochen. Ein größerer Teil der Kollegen ist davon betroffen. Der Betrieb ist dadurch ara in Mitleidenschaft gezogen, und bei der Firma entstand Mißtrauen gegen die erkrankten Kollegen. Wenn auch nicht offen ausgesprochen wird, daß die Arbeiter arbeitsfähig waren, so läßt man doch durchblicken, daß die Erkrankten nicht so schwer krank wären, um die Arbeit zu meiden. Ein Vertrauensort wurde von der Firma beordert, um die Erkrankten sämtlich zu untersuchen, und auch dieser Art unkte feststellen, daß alle Kollegen arbeitsfähig seien. Durch die Untersuchung wurden die Kollegen unnötig demüht, und der Krankenkasse entstandene Kosten, die erhöht hätten bleiben können. Weit rationeller wäre es gewesen, die Firma hätte für eine Verbesserung der Wohnungen gesorgt. In den neuen und bei der großen Kälte auch kalten Wohnungen liegt der Kern zur Grippeerkrankung. Bereits im Sommer 1928 haben wir darum arbeiten, die Wohnungen ausbessern zu lassen und auch die Dächer instand zu setzen; aber es ist nicht geschehen. Jetzt, da die Grippe zum Ausbruch gekommen ist, stellt die Firma die Erkrankten unter strenge Kontrolle. Wir wollen der Firma nicht den Vorwurf machen, daß sie an der Grippeerkrankung die Schuld trägt, wenn aber die Firma sagt: Wir, die Arbeiter, arbeiten systematisch auf die Stilllegung des Betriebes hin, so ist das eine beweislose Behauptung. Nichts ist, daß die Produktion zuerst inaoherer leidet. Daran aber tragen die Arbeiter keine Schuld. Wir stellen auch fest, daß erkrankte Kollegen, die vom Arzt noch nicht als gesund befunden wurden, die Arbeit aufzunehmen haben. Dies ist geschehen, nachdem die Firma mit ihren Mäcen nicht verstimmt. Wir haben so oft darauf, auf welche Art und Weise die Produktion erhöht werden kann und lehnen es ab, irgendwelche Verantwortung auf uns zu nehmen. Wir geben der Firma unsere ganze Arbeitskraft hin, und würden herzlich froh sein, wenn wir nicht krank wären, und könnten unsere Arbeit fortsetzen. Ausdrücklich wollen wir hervorheben, daß uns das Fortbestehen des Betriebes und seine Widerstandsfähigkeit am Herzen liegt. Grolat der Kalamitäten, so ist es auch um unsere wirtschaftliche Existenz zu sehen. Absehen müssen wir es allerdings, verantwortlich gemacht zu werden für Dinge, die wir nicht ändern können, und deren Verantwortung wir die Direktion wiederholt erlucht haben.

Jemlitz b. Muskau O./L.

Allen Kollegen der Kristallglasbranche zur Kenntnis, daß hier seit Weihnachten verstärkt gearbeitet wird, auch in von der Firma Gräf, Krümmische Glaswerke die Stilllegung beantragt, deshalb sind in nächster Zeit Entlassungen zu erwarten. Wir bitten daher dringlich, Arbeitsangebote nach hier — ganz besonders von Glasbleiheren, Abholerern und Nettern — zu unterlassen. In allen Fällen erziehen wir, erst Auskunft zu holen oder zu verlangen beim Arbeitsnachweis für die Glasindustrie Weiskasser, D.-L. (Vollhaus).

Schiedsspruch für die feinkeramische Industrie.

Die Lohn- und Ueberzeitverhandlungen für die feinkeramische Industrie, über die bereits berichtet wurde, hatten einen Schiedsspruch zum Ergebnis, den wir folgen lassen:

Schiedsspruch.

1. Mit Wirkung ab 1. April 1929 beträgt der Lohn des Facharbeiters über 21 Jahre in Erstklasse A und Lohnstapel A 77 Pf.

Die Löhne für die übrigen Berufsgruppen und für die einzelnen Altersklassen sind im gleichen Verhältnis zu erhöhen. Die Lohnstapel A und B wird neu erstellt.

2. Die bisher bestehenden Effektivzuschläge gelten weiter. Sonstige Lohnzuschläge bleiben zahlenmäßig erhalten.

3. Mit Wirkung ab 1. April 1929 werden die Effektivdienste der Arbeiterinnen auch in den Betrieben, die bisher einen Abschlag hatten, voll ausbezahlt.

4. Die Lohnregelung gilt bis auf weiteres. Dieselbe kann von jeder Partei jeweils mit einer Frist von 3 Monaten, erstmalig jedoch am 1. März 1930, gekündigt werden.

II.

1. Das Ueberzeitabkommen vom 1. April 1928 bleibt ab 1. April 1929 in Geltung mit der Wahrung, daß für die im Rahmen der 1. Abt. 1 dieses Abkommens geleisteten Ueberstunden ein Zuschlag von 20 Proz. bezahlt wird.

2. Dieses Ueberzeitabkommen hat dieselbe Geltungsbauer wie der Reichstarifvertrag vom 1. April 1928. Im Falle einer Kündigung des Reichstarifvertrages gilt das Ueberzeitabkommen zum gleichen Termin als gekündigt.

III.

Zur Abgabe einer Erklärung an die Zweigstelle Nürnberg des Reichsarbeitsgerichts für Bayern über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches wird den Parteien Frist gesetzt bis Samstag, den 23. März 1929, vormittags 12 Uhr.

Nürnberg, den 15. März 1929.

Für die Schlichterkammer:
Der unpart. Vorsitzende:
H. v. H. m.
Stellv. Schlichter.

Aus dem Schiedsspruch geht hervor, daß er der Industrie der Arbeiterschaft in keiner Weise entgegen ist. Er läßt keinen Ausweg für die verteuerte Lebenshaltung der Porzellan- und Steingutarbeiter, weil er für den überwiegenden Teil der Beschäftigten, die meist im Afford arbeiten, keine Lohnver-

bessernde Auswirkung hat. Lediglich ein geringer Prozentsatz Zeitlohnarbeiter und Arbeiterinnen bekommen eine Lohnvermehrung von 1-3 Prozent. Der Lohnzuschlag für Frauen in jeder Porzellan- und Steingutarfabrik ist weggefallen. Auch darin liegt keine Lohnvermehrung für alle Arbeiterinnen, sondern nur für 810. Die Erhöhung des Ueberzeitzuschlages von 15 auf 20 Proz. ist auch nur eine geringfügige Verbesserung, die nur einem kleinen Teil der Porzellanarbeiterinnen zugute kommt. Es ist deshalb richtig, wenn wir feststellen, daß ca. 90-95 Prozent der Porzellanarbeiter bei diesem Schiedsspruch leer ausgehen, daß ihnen kein Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung gegeben, und daß ihnen bis 1930 der Lohn gedrückt wurde, wie der „Vorwärts“ in seiner Ueberzeit zur Schiedsspruch-Motiv ganz richtig andeutete. Wenn schon weniger in die Lohnverträge Eingeweihte diese Leuzenz erkennen, dann möchte sie auch dem Schlichter einleuchten, so urteilt lieber die Öffentlichkeit.

Ich habe keine Veranlassung, dem Schlichter nahezutreten zu wollen, halte mich aber für verpflichtet, das Reichsarbeitsministerium auf sein Verlangen aufmerksam zu machen, wie es in dem abgedruckten Schiedsspruch zum Ausdruck kam.

Der Keramische Bund als Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands nimmt zum Schiedsspruch keine andere Stellung ein als die übrigen freien Gewerkschaften. Wenn aber staatliche Schlichtungsstellen die staatliche Lohnbeeinträchtigung ausüben und für Löhne wie Vorn, Breslau, Chemnitz, Darmstadt, Dresden, Fulda, Eisenberg, Frankfurt a. M., Gumburg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Pommerschen, Magdeburg, Marburg, München, Nürnberg, Regensburg, Weimar und Zwickau für über 24jährige Facharbeiter Tarifschlüsse von 77 Pfennig bis 1929 für angebracht halten und zu bestehen, dann brauchen sie nicht wundern, wenn die davon betroffene Arbeiterschaft von größtem Interesse über diese unternehmerfreundliche Haltung erfüllt wird. Es muß offen ausgesprochen werden, Da der so unangenehm und auswirkende Schiedsspruch nur 15-20 Prozent der Beschäftigten so gering bemessene Arbeitskraft bringt, wird die Erzeugung neuer der feinkeramischen Arbeiterschaft noch größer und richtiger, deshalb noch schärfer gegen die einseitige staatliche Bevormundung. Anstatt dieses offensichtlich schiefen Verfahrens der Schlichtungsstellen wäre es wohllich besser, diese würden politisch insofern handeln und betriebl. Verdrüss vermeiden oder aber den allgemeinen Verhältnissen Rechnung tragen und den Lohnern, so ausgleich für alle Arbeiter mit herbeiführen lassen.

Wenn Stellen des Schiedsspruches, so wird uns ausnahmslos aus Wünschen mitgeteilt, verhalte auch das oberste Reichsarbeitsministerium, seinen Einfluß auf den Schlichter geltend zu

machen. Wenn man den Spruch anstellt, bekommt man fast den Eindruck, das genannte Ministerium hatte Erfolg. Dem hiesigen Handelsministerium kann man diese Parteinahme für die Porzellanindustrie nicht verübeln; sie zeigt uns nur, daß die Verhandlungen in einem reaktionären Handstiel gepflogen wurden, der politisch den Unternehmern freundlicher gesinnt ist als den Arbeitern. Daraus können diese erkennen, wie viel nachteiliger es für die Arbeiterschaft ist, wenn die Amtsstellen in bürokratisch regierten Ländern nur vor rechtsgerichteten Leuten besetzt sind.

Selbst Arbeitgebervertreter sind der Meinung, daß dieser Schiedsspruch, wenn er Vertrag würde, vielen Betrieben keine Belastung brächte. Wir sind ebenfalls der Auffassung, daß er nur den Anschein erweckt, als bringe er etwas. Zahlenmäßig dargestellt, sieht seine Auswirkung so aus: Die Lohnstufe A mit den Anfangslohn und Abfordern umfaßt 80 Positionen. In 29 Positionen erhöhen sich die Tariffsätze um 1 Pfennig, in 30 Positionen um 2 Pfennig, in 18 um 3 Pfennig und in 23 Positionen um 4 Pfennig. Die Lohnstufe B mit den Zeitlohnstufen umfaßt 64 Positionen, davon werden 21 Positionen mit 1 Pfennig bedacht, 27 mit 2 Pfennigen, 14 mit 3 Pfennigen und 2 mit 4 Pfennigen. Von den 164 Positionen entfallen auf 36 Proz. 1 Pfennig, auf 39 Proz. 2 Pfennig, auf 22 Proz. 3 Pfennig und auf 3 Proz. 4 Pfennig. Von rund 74 000 Beschäftigten in der feinkeramischen Industrie hätten höchstens 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen einen gelblichen Vorteil, 64 000 gingen fast leer aus, weil sie im Afford arbeiten.

Mit diesem Schiedsspruch ist großer Unfriede umjant, der in der Industrie nicht gelindert und Unfrieden bei der Arbeiterschaft erzeugt.

Wenn er Vertrag würde, glitte die Porzellan- und Steingutindustrie bis 1930 ein weiteres Stück unter ihre schon schlechte Lohngestaltung gegenüber anderen Industrien hinab und hätte dann kaum mehr die Gelegenheit, wieder aufzuholen, es sei denn unter großen Opfern und nach harten Kämpfen, die wirtschaftlich schließlich für die Unternehmer nachteiliger wären als eine angemessene Lohnhöhung.

In diesem Zusammenhang macht es sich notwendig, das Verhalten der Porzellanindustriellen kurz zu kennzeichnen. Die Fortschrittlichsten wissen, daß eine Lohnhöhung eine Lebensnotwendigkeit für die Arbeiter ist. Sie erkennen auch, daß das niedrige deutsche Lohnniveau und die damit verbundene geringe Kaufkraft für das Porzellangeschäft nicht günstig ist. Sie würden auch eine Lohnhöhung tragen, weil sie ihre Geschäfte so abschließen, ihre Betriebe so einrichten, daß die bedingten Arbeitslöhne kein geschäftliches Hindernis sein können. Selbst die rückständigsten Fabrikanten müssen so handeln, sonst können sie ja keinen Betrieb führen. Aber ein Teil Porzellanfabrikanten ist verbohrt und dadurch auf einer Entwicklungsstufe stehen geblieben, er ist bequem geworden und will deshalb nicht sehen, daß sich wirtschaftlich, kaufmännisch und finanziell vieles geändert hat, daß die Betriebe sich darauf ein- und umstellen müssen. Dieser Teil fürchtet eine Lohnhöhung, weil sie andere Dispositionen auslöst, kaufmännische Arbeit bedingt und schließlich auch etwas geistige Anstrengung verursacht. Das ist etwas zu viel verlangt. Da ist das Klagen über die Konfurrenz, das Jammern über zu hohe Löhne viel leichter, es verlangt kein heimgewohntes Stürzen in geistige Anforten.

Dieses Unvermögen einer Anzahl Porzellanfabrikanten an wirtschaftlichem Fingerfertigkeit und geistlichem Weisheit ist mit dem an dem rückgängigen Auslandsabfall und wird erhöht durch die Tatsache, daß unter etwa 350 Porzellanfabrikanten kaum zwei Dutzend erdolareiche Geschäftleute sind. Diese Aufzählung haben Kenner der Dinge in den Kreisen der Industriellen.

Jeder halbwegs denkende Mensch wird begreifen, daß diese offensichtlichen Mängel, zu denen noch andere porzellanindustrielle Nachlässigkeiten und Verjämmerungen kommen, niemals mit einem niedrigen Lohnstand behoben und in wirtschaftliche Ertragsarbeit umzuwandeln sind. Das geht denn doch nicht. Das müßte auch den staatlichen Schlichtungsstellen einleuchten, wenn sie beobachten, daß Industriellenvertreter bei Tarifverhandlungen fast nur in der Rolle von Klagenweibern auftreten und für ihre Auftraggeber um Erbarmen bitten.

Ein Teil Porzellanfabrikanten sieht diese Rückständigkeit im eigenen Lager und die Zurückgebliebenheit der Werke in fabrikspezifischer, keramischer und geistlicher Hinsicht auch ein und strebt mit Absicht einen notwendigen Ausschleusungskampf, eine wirtschaftliche Reinigung der Porzellanindustrie an. Wenn unter der gängigen Parole „Stabilisierung“ oder gar „Abbau der Löhne“, eine Aussperrung herbeigeführt werden kann, ist es ihnen recht, dadurch richten sich die bereits ohne Lohnbelastung wackelnden Unternehmungen selbst zugrunde.

Der wirtschaftlich härteren Porzellanfabrikanten ist also eine Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft willkommen, und sie werden alles versuchen, in ihrem Ziel zu kommen. Die weniger Gerühmten machen wahrscheinlich den eigenen Todesritt mit. Sie wollen es ja nicht anders haben.

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ist nun auch gefallen. Die Arbeitnehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt, bezaleimen die Arbeitgeber. Was nun wird, werden die Verhandlungen in den nächsten Tagen ergeben, von denen die Kollegenschaft rechtzeitig unterrichtet wird. In diesem Kampf nicht eigenmächtig handeln, sondern die Anweisung der Brandleitung beachten.

Edwin Kenninger.

Der Schiedsspruch löste wegen seiner völligen Unzulänglichkeit viele Enttäuschung und einseitigen Protest unter der Kollegenchaft aus. Sie lebte einmütig den lärmlichen Entschieden ab. Es ist natürlich, alle Protestresolutionen zu veröffentlichen. Wir bringen einseitigen einen Teil der Liste, die der Brandleitung ihren ablehnenden Standpunkt übermittelten. Dazu gehören: Leib, Zell-Möbber, Heba, Ebertowan, Wetzendorf, Schmalwald, Mark-Schwis, Kerber, Waldhagen, Wietrich, Kircheneck, Schmalenberg, Kumpel, Hossau, Wietrich, Kircheneck, Waldschloß, Schmiedeburg, Ams, Schmalberg, Odenberg, Dresden, Thiersheim, Neuhaldensleben, Taren, Klöber, Berta, Kammberg, Dirchau, Lidas, Woidan, Terech, Glöckner, Sordam, Waldenburg mit seinen Beiratsstellen, Wittenberg und Magdeburg.

Der Fall Mousfang im Landtag.

Der ehemalige Direktor der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin ist vor mehreren Wochen beurlaubt worden, weil vorzulegende Gründe es erfordern. Die Landtag hat dementsprechend Staub aufgewirbelt, aber ein Teil Mousfangs hat sich nicht mit der Abnahme des preussischen Handelsministers einverstanden erklärt. Die Landtag hat sich vor Mousfang. Durch ihre Zurückhaltung erreichten sie, daß schließlich 5 namhafte Künstler öffentlich für Mousfang eintraten und eine Kundgebung erließen. Diese hatte abermals eine andere als die beabsichtigte Wirkung. Der preussische Landtagspräsident Dr. Schreiber nahm in Landtag den von der Mousfang-Kommission Stellung und gab Auskunft über den Fall. Er äußerte:

Die öffentliche Reaktion Dr. Mousfangs in der Öffentlichkeit und die Erklärung der Künstler für ihn wogen mich, sie haben mich wesentlichen Gründen geübte Zurückhaltung angewiesen. Die Jahresbesprechung Mousfangs betriebe ich auf 20 000 RM, davon erhielt er 10 000 RM als Anwartschaftsbeitrag und freie Wohnung, Heizung und Bekleidung. Darüber möchte er weitere Anwartschaft für Repräsentation. Meinen ihm. Mousfang hat das Vertrauen, daß er für sich in vollem Maße verfahren kann, entspricht. Eine Reduzierung der Oberrechnungskammer 1927 ergab, daß Anwartschaften in Höhe von 24 000 RM ohne weitere Belege gemacht waren. Davon

sind 2500 RM für Künstlerhonorare, 5681 RM für ein Auto, 5140 RM für einen Privatsekretär und 5654 RM für Einladungen ausgegeben. Seinen Privatwagen ließ er in Höhe von 7200 RM aus der Manufakturkasse abschreiben. Auch alle Betriebskosten dieses Privatwagens, Versicherung und Chauffeurgehalt gingen auf Kosten der Manufaktur. Der sogenannte Privatsekretär war sein Bruder, der bei ihm wohnte und von dessen Tätigkeit niemand etwas wußte. Er hat ihn in einer Zeit eingestellt, wo Arbeiter und Angestellte entlassen wurden.

Die Prüfung ergab, daß Künstlerhonorare doppelt bezahlt waren. Mousfang hat angegeben, daß einem Künstler einmal für die Beschaffung des Kunstwerks und ein zweites Mal für die besonders überarbeitete nummerierte und signierte Vorzugsausgabe bezahlt sei. Dafür legte er als Beleg einen Brief des Künstlers vom 18. Februar 1926 vor. Wir haben festgestellt, daß dieser Brief erst im Herbst 1926 während der Revision geschrieben ist. Auch eine Reihe von Aktenbelegen über Künstlerhonorare sind später geändert worden. Dabei handelt es sich nicht um unwesentliche Änderungen, sondern Belege sind nachträglich völlig neu angefertigt worden. Diese Manipulationen sind außerhalb der Dienststunden von nicht zuständigen Beamten vorgenommen und man hat den Belegen künstlich durch Zerkleinern ein altes Aussehen gegeben und dabei sogar den roten Revisionsstich der Oberrechnungskammer nachgeahmt. Den Revisionsbeamten wurden solche Belege als Originale übergeben. Dabei kann nicht behauptet werden, daß Mousfang einen persönlichen Vorteil im Auge hatte. (Große Unruhe rechts und links.) Aber solche Vorgänge machen ihn als Leiter eines staatlichen Unternehmens unmöglich. Das von ihm 1927 herausgegebene Buch „Mit Berlin in Porzellan“ ist von ihm als Privatarbeit erschienen. Niemand hat etwas davon erfahren, daß 44 000 RM für die Herstellung und 7000 RM für die Abschreibung des Wertes aus der Manufakturkasse entnommen waren. Mousfang behauptet, daß dieses Werk einen Teil des Kunstkalenders darstellen solle, wofür ihm ebenso wie für den Technischen Katalog eine Summe zur Verfügung gestellt war. Tatsächlich ist das Werk als Kunstkalender nicht geeignet. Das ist eine Privatarbeit war, geht daraus hervor, daß er den Vertrag mit dem Verlag im eigenen Namen abgeschlossen hat. Von den gemachten Aufwendungen in Höhe von 51 000 RM hat die Manufaktur bisher nichts zurückbekommen. Um bei der Untersuchung den Anschein zu erwecken, als seien die Erträge des Buches für die Manufaktur bestimmt, hat Mousfang ein Schreiben verlesen, das über die Verhaubungen vom 19. bis 22. März 1927 aufzunehmen war. Auch diese Aufzeichnungen sind erst im November 1928, also während der Untersuchung, herbeigeführt worden. Er hat auch andere Manipulationen unternommen, so daß ihm sein Direktionssekretär sagen mußte, daß es keinen Zweck mehr habe, weitere Täuschungsversuche zu unternehmen.

Auch sonst war das Verhalten des Manufakturleiters nicht einwandfrei. So hat er bei der Inventur einen Nehlbestand von 108 000 RM an den Vorräten einfach abgeschrieben. Nach seinem Ausschreiben wurden davon Gegenstände im Werte von 48 700 RM wieder ermittelt, zum Teil in seiner Wohnung. 100 000 RM sind ihm bewilligt worden für Anschaffung von Porzellanware, damit diese auf ablagern kann. Er hat die Ware nicht gekauft, das Geld dafür im Betrieb verwendet, ohne davon in der Gewinn- und Verlustrechnung Kenntnis zu geben. 150 000 RM waren ihm zur Verfügung gestellt für den Ausbau des Ladens in der Leipziger Straße. Ungeachtet ist dieser Betrag nur um 3000 RM überschritten, in Wirklichkeit aber sind noch weitere 187 452 RM dafür in der Manufaktur selbst zur Ausstattung des Ladens verausgabt, die in der Abrechnung über den Bau überhaupt nicht erschienen sind.

Obwohl die Manufaktur alljährlich mit Verlust arbeitet, hat er versucht, in der Bilanz einen Gewinn auszuweisen. Die Umkehrrechnung erklärt sich im wesentlichen aus einer Erhöhung der Reserve.

Nicht bürokratische Engstirnigkeit, sondern die ersten Verwicklungen Mousfangs führten dazu, ihn zu entlassen. Es ist unmöglich, daß der Leiter eines Unternehmens, der so schwere Untoretheiten begeht, an der Spitze eines staatlichen Instituts unter Mißbrauch Unterordneter weiterarbeiten kann. Wir hoffen, daß die diejenigen Kräfte finden werden, die das Unternehmen einer stetigen Entwicklung entgegenführen.

Die Angaben des Ministers entsprechen den Tatsachen. Man muß sich nur wundern, wie so etwas möglich sein konnte. Wenn sich das ein Arbeiter oder ein Angestellter hätte zuwenden können lassen, was wäre mit ihnen geschehen?

Auch diese Geldsummen: 51 000 RM für ein Buch, 100 000 Reichsmark für Wasse, 287 452 RM für Ausstattung eines Ladens, Nehlbestand von 108 000 RM an Vorräten. Ist so etwas denkbar? Porzellanler müssen dazu wahrlich nur den Kopf schütteln. Aufwendungen ohne nähere Belege, Privatsekretär, Chauffeur, Brief zwei Jahre später, roten Revisionsstich der Rechnungskammer nachgeahmt, nachträglich Belege beigebracht und als gemacht, Porzellan in der Wohnung. Das alles soll hingenommen werden, weil Mousfang Kunstgeschmack besitzt? Das acht denn doch nicht!

Das Empörere für die Belegschaft ist, auf der einen Seite fließen die Hunderttausende von Mark aus der Manufakturkasse durch Mousfang und auf der anderen Seite bemühte sich der gleiche Mann, durch Lohnabzüge in Pfennigen, durch Entlassungen der Manufaktur vor dem Niedergang zu retten. Dieser Charakterzug eines Menschen ist für die Arbeiterschaft so aufschreckend, daß sich weitere Worte zur Kennzeichnung Mousfangs erübrigen.

Der preussische Landtag beschloß gegen die Stimmen der Demokraten gegen Mousfang ein Strafverfahren einleiten zu lassen.

Noch einmal Messelbemerken.

Die Leipziger Frühjahrsmesse wurde von einem großen Teil der Porzellanfabrikanten als Mittelmesse bezeichnet. Bei meinem Gang durch die Winterlager einer Anzahl Porzellanfabrikanten wurde mir auf Betragen Auskunft gegeben, die ebenfalls auf die Bezeichnung Mittelmesse hinauslief. Die Worte mittel, zum Teil falsch bis mittel, was wie jetzt erst zu erkennen ist, eine Art Kompromiss mit einer gewissen Tendenz. Eine Anzahl Porzellanfabrikanten, die mir gegenüber die Messe als Mittelmesse bezeichneten, mit reichlichen Aufträgen beim und drängt nun mit der Arbeit, so, daß die Arbeiter nicht wissen, was sie zuerst machen sollen. Man wird deshalb in Zukunft die Mehrzahl der Aufträge der Porzellanfabrikanten über den Ausgang der Messe als vorzüglich nach unten abzuwogen hinnehmen müssen und sich dort helfen haben. Es diese Vorstandsrat wirtschaftlich und industriell angebracht ist, steht auf einem anderen Blatt.

Die Tatsache, daß die Leipziger Messe für ein Teil Porzellanfabrikanten noch besser anzusehen ist, als angenommen wurde, ist sehr erhellend. Wesentlich tragen auch der Niedgang der Arbeitslosigkeit und die dadurch gehobene Kaufkraft der Bevölkerung mit dazu bei, den Porzellanabsatz zu heben, damit die Fabriken ihre volle Beschäftigung wieder aufnehmen können. Ein Teil konnte das schon gleich nach der Messe tun, ein anderer Teil ging in der Lohnverhandlungswoche zur Beschäftigung über, so daß damit zu rechnen ist, die Porzellanindustrie kommt wieder in Gang.

Druckfehlerberichtigung. In dem Messebericht in Nr. 12 des A. B. sind zwei Druckfehler stehen geblieben. Es muß heißen: Hael Werke. Die Porzellanfabrik Kaelner in Oberhohndorf macht selbstverständlich keine Gegenstände mit moderner Schriftdelimitation, sondern mit moderner Spritzdelimitation, ähnlich denen der Steingutfabriken. Die „Spritzkunstporzellane“ von Kaelner haben, wie wir erfahren, sehr gut angeprochen und sind vom In- und Ausland gekauft worden.

Martinlamitz

Sie hätten niemals Unternehmern werden sollen. (Henry Ford in der „New Yorker Saturday Evening Post“ vom 10. 4. 1926.)

Ein „Musterbetrieb“, der verdient, hier näher zitiert zu werden, ist zweifellos die Porzellanfabrik J. Krohne & Co., Martinlamitz, Böh. Wird doch dieser Betrieb von genügend Unternehmerprüfungen, an der Zahl 3, dirigiert. Der „Vater“, wie er von den Sprößlingen genannt wird, entscheidet in „schwerwiegenden“ Fällen; außerdem hat er mit seinen „sachmännisch“ ausgebildeten Söhnen noch die verdammt Aufgäbe: Tag und Nacht zu arbeiten, daß seine Arbeiter in „Wollust“ leben, saufen und fressen können.

Wer das Vergnügen hat, im Betrieb Krohne & Co. zu dürfen, kann sich „glücklich“ schämen. Der „Vater“ sorgt für seine Kinder! — Aber glücklich ist derjenige, der anderswo unterkommt und diesem „famosen“ Betrieb abgelegen kann.

Nun einiges über die Zustände. Von einer einigermaßen auf Technisierung und Modernisierung hinielenden Betriebsgestaltung kann keine Rede sein. Es ist nicht selten, daß Affordarbeiter nur einige Stunden am Tage intensiv arbeiten können, aber dann ist eben Schluss. Da können sie herumlungern und sehen, wie es am schnellsten abends 5 Uhr wird. Es fehlt an genügend Platz in den Regalen zum Wegstellen der Bretter mit gedrehtem und gegossenem Geschirr, andere Affordarbeiter haben keine Formen mehr, andere keine Masse. Bei der großen Kälte noch dazu ungenügende Heizung und kein Wasser. Um solches zu bekommen, mühten die betroffenen Arbeiterinnen zum nahen Bahnhofsgebäude laufen und sich aus dem Ziehbrunnen welches holen, um arbeiten zu können. Irgendeine Vergütung hierfür? Ach was — gibt es nicht! Durch diese Zustände werden dann selbstverständlich die Affordarbeiter erheblich betroffen. Im übrigen wären auch genügend Mängel vorhanden, die die Gewerbeaufsichtsbehörde angehen, die auch Abhilfe schaffen wird.

Mit einem Betriebsrat möchte diese nette Betriebsobrigkeit am liebsten nichts zu tun haben, obwohl die Tatsache besteht, daß die Belegschaft bis zu 98 Proz. freigewerkschaftlich organisiert ist. Besonders der „dienstfertige“ Sohn, Herr Betriebsleiter Alfred Krohne, beweist seine „vorzügliche Bildung“ dem Betriebsratsvorsitzenden gegenüber in folgenden Worten: „Ich sch... auf eure Paragraphen und auf euren Mantelstarif.“ Er erlaubt sich noch, den Betriebsratsvorsitzenden beim Arm zu packen und schreit im befehlsmäßigen Kasernenton: „Gehen Sie an Ihre Arbeit!“ Ueber diese Behinderung an der Ausübung des Betriebsratsamtes wird sich hier der Herr schon eines anderen belehren lassen müssen. Die Manieren sind auch nicht die allerfeinsten, und den disziplinierten Arbeitern ist es schließlich zu danken, daß die Korbbrille noch nicht in Trümmer gegangen ist. Der Verband der Fabrikarbeiter wird schon nach dem Rechten sehen und der Belegschaft zu menschenwürdigen Zuständen verhelfen.

Guch Kolleginnen und Kollegen rufen wir zu: „Daltet fest zur Organisation, denn dadurch wahr ist eure Rechte am besten; manch größerer „Musterknabe“ hat schon klein beigegeben!“

Offenburg.

In dem Emailierwerk Boos & Bahn, Ortenberg bei Offenburg, läßt manches in sittlicher Hinsicht zu wünschen übrig.

In diesem Betriebe arbeiten zur Zeit ungefähr 300 Arbeiter, wovon die Mehrzahl weiblichen Geschlechts ist.

Vor längerer Zeit schon ist es der Belegschaft angefallen, daß verschiedene dieser jungen Mädchen, die das Glück hatten, von unserem Schöpfer mit einem gewissen Grade von Schönheit ausgestattet worden zu sein, von einigen Werkmeistern des Betriebes in jeder Art und Weise henutzt und beunruhigt worden sind. In der Schablonierabteilung dieses Betriebes ist es vorgekommen, daß eines dieser jungen Mädchen sich der befürworteten Kunst eines dieser Werkmeister erfreute. 2 Stunden täglich Arbeitszeit brachten diesem Mädchen mehr Verdienst ein als einem der angewandtesten Schablonier derselben Abteilung mit stündlicher Arbeitszeit. Die Verleitung wurde erst durch die Eifersüchtlichkeit eines Nebenbuhlers auf diese Zustände aufmerksam. Die Arbeiterin wurde nun auf das Büro gerufen und einem Streuzerhör unterworfen, in dessen Verlauf sie auf Drohungen der Werkleitung Geständnisse ihres Verhältnisses zu dem Werkmeister machte.

Die Arbeiterin wurde nun kurzerhand fristlos entlassen. Eine Verurteilung des Werkmeisters erfolgte nicht, jedenfalls um demselben Gelegenheit zu geben, sich weiterhin im Sinne der christl. Nächstenliebe mit diesen auszunutzen Prostituierten Kindern zu betätigen. Wann werden diese Zustände der Unsitlichkeit und Unmoral endlich einmal aufhören?

Hier kann nur ein geschlossenes Vorgehen der Belegschaft, sowie des Betriebsrates Remedur schaffen, um den unhaltbaren Zuständen in diesem Betriebe ein Ende zu machen.

Bonn

Ueber die Ludwig Wessel A.-G. für Porzellan- und Steingutfabrikation, Bonn, wird berichtet: Die im Zusammenhang mit der Sanierung des Unternehmens beschlossene Produktionsmittellerna ist in Angriff genommen. Zunächst wurde die Abteilung Geschirrfabrikation aufgelöst. Die Umstellung auf die Fabrikation sanitärer Steingutwaren soll schrittweise und unter teilweiser Aufsichtnahme des Betriebes fortgesetzt werden. In Verfolg dieser Maßnahmen wurde die Entlassung des größten Teiles der etwa 600 Köpfe starken Belegschaft notwendig. Die Wiedereinstellung soll sukzessive entsprechend der fortschreitenden Umstellung erfolgen. Die Wessel A.-G. bleibt als selbständige Gesellschaft weiter bestehen.

Dividendenausüttung

Bei den Lohnverhandlungen gaben sich die Unternehmervertreter außerordentliche Mühe, den schlechten finanziellen Stand der Porzellanindustrie nachzuweisen. Die Fabriken merken allerdings von diesen Klagen sehr wenig. Dafür zwei Beispiele. Die Porzellanfabrik Lettau A.-G. hatte im Jahre 1925 wieder guten Geschäftsgang und kann 10 Proz. Dividende im Vorjahr verteilen. Die Porzellanfabrik Mitterteich A.-G. ist sogar in der Lage, ihren Dividendenfuß von 5 auf 8 Proz. zu erhöhen.

Berlin

Für die Befekung der Direktorstelle der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin wurde kürzlich auch Herr Generaldirektor Keffler von der Staatlichen Porzellanmanufaktur Weiden genannt. Jetzt wird bekannt, daß er den Ruf, Nachfolger Mousfangs zu werden, abgelehnt hat.

Oeslau

In Oeslau ist der Porzellanfabrikant M. Goebel gestorben. Der Verschiedene war einer von den Fabrikanten, die sich durchzusetzen wußten: er war auch einer der ersten, die in den Nachkriegsjahren ihre Bier- und Liqueuragenständeproduktion auf den neueren Zeitgeschmack mit Erfolg umstellten.

Emailschreitmaler, Achuna!

Da zurzeit in Wermerheim mit den Emailschreitmalerfabrikanten Differenzen bestehen betr. Abschluß eines Vertrages, bitten wir diejenigen Kollegen, welche beabsichtigen, in Wermerheim Stellung zu suchen, sich zuerst mit der Abstellenteilung in Verbindung zu setzen, um einen Reinsfall zu verhindern. Adresse: Emil Müller, Wermerheim, Hauptstr. 129.

Kampfstimmung in der Ziegelindustrie.

Endlich, nach einer langen qualvollen Zeit, die der fürchterliche Winter der Arbeiterschaft gebracht hat, können sich die Ziegler der Hoffnung hingeben, daß es nunmehr soweit ist, wo die Betriebe wieder geöffnet werden, wo die Saison beginnt. Allen Ziegeleiarbeitern wird es ein Bedürfnis sein, ihre vollständig heruntergekommenen Wirtschaftsverhältnisse wieder herzustellen, so zu verbessern, daß sie ein menschliches Dasein ermöglichen. In der niederträchtigen Weise versuchen die Schürfmacher gegen das Unterstützungswesen, gegen die Sozialpolitik Sturm zu laufen. Ihrer Meinung nach können die Arbeiter, wenn sie Erwerbslosenunterstützung beziehen, ein sorgenfreies, ein idealistisches, wenn nicht ein paradisißches Leben führen; die Arbeitgeber, dagegen in fester Sorge um ihre Existenz kämpfen müssen. Fürwahr für die Unternehmer ein bedauernswertes Dasein! Wir würden ihnen zur Besserung ihrer Lage empfehlen: Laß die Betriebe zu überlassen und für uns die Arbeitslosenunterstützung in Empfang zu nehmen. Es ist so: durch das ständige Rechnen mit großen Zahlen haben die in die Höhe gekommenen Unternehmer gelernt, kleinere Summen, wie vielleicht die Einnahme und Ausgabe eines Ziegeleiarbeiters zu berechnen, und demzufolge sind sie nicht in der Lage, den Haushaltplan einer Zieglerfamilie zu übersehen. Ein fester Kampf spielt sich ab. Der eine kämpft um die Sicherung der notwendigen Bedürfnisse und die anderen um die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Macht, und um die ihrer Gesellschaftsklasse, die berechtigt ist, die Arbeiter auszubeuten und ein verschwendliches Leben zu führen.

Auch dieses Jahr wird es sich zeigen. Die Vorkämpfe sind bereits im Gange. Die Reaktion wird die schärfsten Waffen heben, um ihren gefährlichsten Gegner, die freien Gewerkschaften, den Todesstoß versetzen zu können. Die wirtschaftlichen Krisen und die dadurch kommenden furchtbaren Wirkungen sind nur für die Arbeiterschaft, sondern für die gesamte Wirtschaft, sollen nur dem Zweck dienen: die Arbeiterschaft zu zermürben, zu zerreißen. Eine solche Lage herbeizuführen, beileben sich auch die Ziegeleinnehmer, die den Zeitpunkt für gekommen erachten, den Ziegeleiarbeitern mit Aussperrung zu drohen, falls sie versuchen wollen, höhere Löhne zu erkämpfen. Das selbe Spiel, das die anderen Industrien führen, eins macht für das andere Schule. Wir müssen den uns hingeworfenen Hebelabschub aufnehmen und sei es darum, daß Aussperrung der Nichtöffnen der Betriebe erfolgen. Die anhaltenden Preissteigerungen müssen durch Lohnerhöhung ausgeglichen werden. Die Folgen, die ein Kampf in der Ziegelindustrie für das Baugewerbe nach sich zieht, tragen die Ziegeleinnehmer, die in ihrer Kurzsichtigkeit lieber der Allgemeinheit Schaden zufügen, als den Ziegeleiarbeitern für schwere Arbeit einige Pfennige zu bewilligen. Selbstredend werden die Unternehmer versuchen, die Verantwortlichkeit durch Entstellung der Tatsachen für sich zu gewinnen und ihre Not auszumalmen. Der Ziegelindustrie droht der Zusammenbruch! Sie führen es darauf zurück, daß die Lage des Baumarktes eine scheinbar ungünstige wird, schlechter Absatz, Ueberproduktion wird erfolgen, die großen Verluste tragen mit dazu bei, kurzum, die allgemeine wirtschaftliche Lage der Ziegeleinnehmer soll katastrophal sein. Es hat sich aber gezeigt, daß das Jahr 1928 noch einen ganz guten Geschäftsgang gebracht hat, obgleich die Saison früher als sonst beendet wurde. Von einer Ueberproduktion in der Ziegelindustrie kann nicht gesprochen werden, denn die meisten Lager sind leer und wo Winterbetrieb ist und die Produktionsprodukte aufgeschichtet werden, sind schon große Umsätze getätigt oder im Gange. Der Absatz auf die kommende Bauzeit ist nicht so ungünstig als dargestellt wird und die Preise der Ziegelsteine sind schon entsprechend kalkuliert, daß selbst bei einer angemessenen Lohnerhöhung noch ein ansehnlicher Gewinn herauskommt. Sicher gibt es noch eine Anzahl Ziegeleien, denen es nicht mehr möglich ist, so zu produzieren, daß sie einen großen Gewinn abwerfen, sondern lediglich mißfallen, daß die Betriebe so leidlich erhalten bleiben. Das liegt nicht an den Forderungen und Wünschen der Arbeitnehmer, vielmehr an der Rückständigkeit dieser Unternehmer, die sich nicht entschließen können, mit der Zeit der modernen Technik und Rationalisierung zu gehen und die Betriebe produktiver zu gestalten. Derartige Unternehmen sind für eine sich weiterentwickelnde Wirtschaft ein Hindernis und werden über kurz oder lang von leistungsfähigeren Firmen aufgekauft und vom Erdboden verschwinden. Die Rationalisierung verlangt bedeutend höhere Leistungsfähigkeit der Arbeiter, einen hohen Kräfteverbrauch, der nur durch Erhöhung, Verbesserung der Lebenshaltung wieder ausgleich gemacht werden kann. Nicht ungerade Forderungen stellen wir, aus der Notwendigkeit heraus müssen wir sie uns erkämpfen.

Kolleginnen, Kollegen! Nichts darf uns abhalten, den Kampf zu führen. Wir müssen uns bewußt sein, daß diese Lohnkämpfe über den allgemeinen Rahmen hinausgehen, es geht um die wirtschaftliche Uebermacht. Und soll es sein, daß wir einmal eine Niederlage einstecken müssen, so wollen wir unbeirrt stehen die Erfahrung hieraus nehmen, um in einer für uns günstigen Zeit den Kampf in stärkerer Form wieder aufzunehmen. Überzeugt die noch nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen, öffnet ihnen die Augen, daß sie mit klarem Blick die schlechte Lage der Ziegeleiarbeiter erkennen und sich dem Keramischen Bund anschließen, um andere Verhältnisse in der Ziegelindustrie zu schaffen.

Hans Ludwig, Eisenberg.

Ein Beitrag zum Kapitel „Werksgemeinschaft“ in der Zementindustrie.

Die Schlesische Portlandzementindustrie Oppeln hat bereits in diesem ersten Vierteljahr den Arbeitern, die in den Zementfabriken beschäftigt waren, des öfteren bewiesen, wie sie die Werksgemeinschaft aufbaut. Unter den Zementarbeitern gibt es eine ganze Reihe, die nicht wissen, was eigentlich unter Werksgemeinschaft zu verstehen ist. Sie lassen sich allgemein von dem Gedanken leiten: „um nicht erlassen zu werden, will ich den Direktor den Gefallen tun, indem ich Mitglied des R. v. A. werde.“ Ich werde mich ab von den Bestrebungen des Fabrikarbeiterverbandes, zeige nach außen hin, daß ich Gegner des Achtstundentages bin und wenn es notwendig ist, dazu mache ich auch den Abblenkelumlauf mit und da stelle ich mich möglichst dorthin, wo ich ja auch der Direktor sieht, damit er weiß, daß ich ihm treu ergebener Diener bin; und wenn der Direktor aus weiter Ferne kommt, dann warte ich, bis er ein bißel näher kommt und dann ziehe ich den Hut und frage ihn unterläufig über sein Verbleiben, „vielleicht sagt er mir: ich bin ein guter Kerl!“

Das alles hat aber nichts gebracht; denn bereits vor sechs Wochen wurden zwei Zementbetriebe stillgelegt, 10 Arbeiter gehen „wappeln und seit Sonnabend, den 9. März, haben wiederum zwei Betriebe stillgelegt. Wieder gehen 30 Arbeiter mehr zum Arbeitsamt. Einer von diesen letzten 30 Arbeitern hat in der Stilllegungsverhandlung gesagt: — in Gegenwart des unparteiischen Regierungsvertreters und eines Arbeitervertreters: „Für unser Entgegenkommen ist das der Dank!“ Obwohl ihr Zementarbeiter, so ist es. Aus Gewerkschaften habt ihr nicht geglaubt, daß die Zementbarone mit ihrer Pflichter über eure Köpfe hinwegsehen! Seht euch das große neue, gelackte Zementwerk Großschwitz b. Oppeln an, seht, wie dort der Zementarbeiter mit dem Tempo der Maschine Takt halten muß und wist ihr auch, daß dieses Werk die Produktion der Werke einbeißt, die jetzt stillstehen? Da hilft kein Rufen und ein Erinnern an das Versprechen der Zementbarone, daß sie sich aus der Not befreien und euch über Wasser halten werden. In diesem neuen Werk brauchen sie nur junge, frische und ge-

Zieglerkollegen aufgewacht!

Mit den Monaten März und April beginnt auch wieder die Arbeit in der Ziegelindustrie. Der lange und strenge Winter hat manchem Zieglerkollegen Anlaß zum Nachdenken über seine wirtschaftlichen Verhältnisse gegeben. Vor allem drängt sich da immer die Frage auf, wird die kommende Saison das Meer der Arbeitslosen vermindern und wird das Baujahr 1929 gut oder schlecht sein? Doch wenn alle Anzeichen nicht trügen, wird das Jahr 1929 eine gute Konjunktur in der Ziegelindustrie mit sich bringen. Ein flotter, belebter Geschäftsgang ist ein brauchbares Mittel der Arbeiterschaft zur Abwehr der Angriffe auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen. Doch nicht nur ein guter Geschäftsgang, sondern auch eine schlagkräftige, geschlossene Organisation gehört dazu, wenn der Arbeiter im Kampfe zur Besserstellung seiner Lebenshaltung erfolgreich sein will. Diese schlagkräftige und geschlossene Organisation ist bereits vorhanden. Es ist der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, der Berufsverband aller Zieglerkollegen. An uns liegt es nun, dieses geschaffene Werk weiter auszubauen, indem wir alle noch Fernstehenden diesem Verbande zuführen. Wir müssen die Säumigen und Launen aufzurütteln und dahin belehren, daß, je größer unser Verband, desto größer auch der Respekt der Arbeitgeber gegenüber demselben ist. Denn:

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun,
uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun.“

Also, Zieglerkollegen, aufgewacht, werdet und arbeitet für den Verband, organisiert die Unorganisierten, führt sie dem Keramischen Bund zu! Denn nur dieser ist es, der für uns Ziegler in Frage kommt, weil bei ihm unsere Interessen am besten vertreten werden. Wir wollen und müssen vorwärts kommen, das werden wir mit ihm erreichen.

Johann Schmidt, Ziegler, Reitzsch.

...übte Kräfte, die alten Arbeiter brauchen sie nicht, obwohl sie euch versprochen haben, daß ihr wieder eingestellt werdet.

Zu derselben Zeit, also am 6. Februar, als die Stilllegungsverhandlung stattfand unter Vorsitz des Herrn Gewerbetarats Mosler (dessen Unparteilichkeit beweisend bestritten werden konnte und dessen Verhalten geradezu arbeitgeberfreundlich war), verhandelte das Arbeitsgericht in Oppeln über die Feststellungsklage des R. v. A., der den Antrag stellte: Anerkennung ihres Tarifvertrages für die Schlesische Portlandzementindustrie. Hierzu sei bemerkt, daß die Klage kostenpflichtig abgewiesen worden ist und der Streitgegenstand auf 12.000 RM festgelegt wurde; die Begründung des Arbeitsgerichts lautete u. a. so: Es läge im wesentlichen darauf an, daß nicht zwei Tarifverträge nebeneinander laufen können und daß das Arbeitsgericht im allgemeinen an die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministeriums gebunden sei; das Arbeitsgericht müsse darauf achten, daß die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden und der Achtstundentag strikt durchgeführt werden muß; dies müsse gewahrt werden unter Berücksichtigung der Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft; denn sonst würde es dazu führen, daß Verhältnisse entstünden, die außerhalb eines Tarifvertrages sind und die der Arbeitgeber bestimmt nicht wollte.

Also vor Gericht will der RvA. seinen Tarifvertrag durchbringen mit dem Zehnstundentag u. a. abhängigen Bestimmungen, und in der Zementzentrale in Oppeln verhandeln die Parteien wegen Stilllegung zweier Werke, in der der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes die Begründung gegen die Stilllegung der Werke abgibt. Trotzdem hat die Regierung unter weitgehendster Berücksichtigung der Interessen der Zementindustriellen der Stilllegung stattgegeben, und noch weitere 300 Arbeiter wurden arbeitslos, und zu all dem Elend, das der Zementarbeiterschaft befohlen ist, kommt der RvA. Vertreter, der deutschlandweite Landtagsabgeordnete Straube mit seiner Feststellungsklage und verlangt die Durchführung verlängerter Arbeitszeit! Das nennt sich Arbeitervertreter! Wir wundern uns ja nicht über seine „ideale“ Einstellung; denn ein Arbeitervertreter aus dem deutschen Lager kann ja nur so handeln. Ein Prophet scheint er zu sein, denn er gab vor dem Gerichtstermin ein Flugblatt heraus, das im letzten Absatz folgendes besagt: „Kameraden! Das Gericht in Oppeln wird sich nächsten damit befassen, ob der Arbeitsvertrag gültig ist, den ihr wollt, oder der Euch ausgenutzene Vertrag mit seinem schädlichen Inhalt. Haltet aus und durch! Wir stehen!“ — Wer nicht gefiegt hat, das war Herr Straube! Wir freuen uns, daß seine Begründung beim Arbeitsgericht unter den Tisch gefallen ist. Wir freuen uns aber nicht so, wie es bei den Werksgemeinschaftler üblich ist, indem sie eine Veranstaltung machen, wo es umsonst zu trinken, zu essen und zu rauchen gibt, sondern wir freuen uns, daß der Oppelner Arbeitsrichter ihnen lagen konnte, woraus es ankommt, nämlich: auf die Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft! Das ist ein Hinweis, den leider ein deutschlandweiter Landtagsabgeordneter, der zugleich Arbeitervertreter sein will, niemals begreifen wird.

Wie steht es nun mit der Parole: „Heraus aus dem Proletariat?“ Der Redakteur der „Morg.“ sprach doch einmal hier in Oppeln in der „Erholung“ über dieses Thema, in welchem er zum Ausdruck brachte, daß in zehn und mehr Jahren die Arbeiter nicht mehr Proletarier sein brauchen, wenn sie die Sozialversicherungsbeiträge alle Wochen sparen würden und wenn die Arbeiter die über acht Stunden hinaus verdienten Arbeitsstunden sich sparen würden? Rechnen Sie, Herr Straube, uns einmal vor, wie das die Zementarbeiter machen sollen, wenn sie nicht wissen, ob sie dauernd beschäftigt werden können! Das können aber die RvA.-Vertreter nicht, sondern sie haben auf die freien Gewerkschaften abgedacht, die Arbeiter vom Fabrikarbeiterverband abgeholt, jetzt sind sie entlassen und können die Unterstützung aus dem Verbands, wie sie die anderen Arbeiter aus den Werken Siegel und Grundmann erhalten haben, nicht erlangen. Sie haben die Papiere bekommen und die RvA.-Vertreter sorgen nur, daß den Arbeitgebern zuliebe die längere Arbeitszeit erhalten bleiben soll, während die freien Gewerkschaften sich auch für die Unorganisierten einsetzen, indem die Arbeiter das Recht auf den Bezug der staatlichen Arbeitslosenunterstützung erheben können. Wir sorgen für das Wohl der gesamten Arbeiterschaft, nur die unorganisierten Arbeiter danken den Organisierten nicht für das Entgegenkommen, indem sie sich uns anschließen. Die unorganisierten Arbeiter, die Werksgemeinschaftler, erhalten den Dank der Zementbarone, indem sie eben entlassen worden sind, wie die organisierten Arbeiter. Die Entlassung aus dem Werk, das ist der Lohn dafür, daß ihr willig und billig gearbeitet habt, und keine Ansprüche für Leben und Gesundheit für Euch und eure Familie gestellt habt. Wer sorgt für Euch? Kann Euch Unorganisierten der RvA. lohnende Arbeit verschaffen? Wird Euch die Zementindustrie einstellen, damit ihr nicht verhungert? Reiner von beiden wird Euch helfen, nur ihr Euch selbst, indem ihr Euch abschließt in der freien Gewerkschaft organisiert und dadurch der gesamten organisierten Arbeiterschaft die Macht verschafft, die notwendig ist, sich von den Ketten zu befreien!

Ist der Mitteldeutsche Zieglerbund tariffähig?

Während ein großer Teil der Arbeitgeberchaft heroische Kämpfe um die Anerkennung der Tariffähigkeit der gelben Verbände führt und sich zum Abschluß von Tarifverträgen mit diesen ihren Schutzgruppen drängt, gibt es wieder andere Teile, die für sich die Tariffähigkeit ihrer Arbeitgeberverbände verneinen. Beide Richtungen handeln aus Tariffreudigkeit, das heißt, sie wollen mit den freien Gewerkschaften keine Tarifverträge abschließen. Schließen sie nur mit den gelben Schutzpflanzen Tarife ab, so glauben sie, mit der Zeit die Löhne durch ihr Diktat nach ihrem eigenen Willen festsetzen zu können.

Einer der Arbeitgeberverbände, welcher für sich die Tariffähigkeit verneint, ist der Mitteldeutsche Zieglerbund. Im Jahre 1927 gab er die Parole aus: „Los von den Tarifverträgen mit den freien Gewerkschaften!“ Durch Beschluß der Mitglieder wurde die gewollte Tariffähigkeit des Mitteldeutschen Zieglerbundes herbeigeführt.

Vor dem Schlichter wurde damals eine feierliche Erklärung abgegeben, nach welcher sich der MDZB. um Lohn- und Tarifangelegenheiten nicht mehr kümmern dürfte und wollte. Er sei nur eine Organisation von Werksbesitzern und kein Arbeitgeberverband. Damit die Sache auch einen Anschein von Rechlichkeit hatte, waren die Satzungen abgeändert worden.

Die Mehrheit der damaligen Schlichterkammer, welche über die Angelegenheit zu befinden hatte, billigte die vom MDZB. angeführten Gründe für obigen Schritt und erklärte den Verband für einen nicht tariffähigen Partner.

Durch diesen Beschluß wurden ein Teil Bezirksverträge in der Provinz Sachsen und in Thüringen in kleinere Bezirks-, Orts- und Werksverträge zerlegt bzw. aufgelöst.

Nun ist aber auch der Mitteldeutsche Zieglerbund korporatives Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Ton- und Ziegelindustrie, der auf Grund seiner Satzungen zweifellos als tariffähige Organisation anzusprechen ist.

Im § 1 der Satzung dieses Verbandes wird im 2. Absatz folgendes gesagt:

„Zweck des Reichsverbandes ist Wahrung und Pflege der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder in wirtschaftlicher, sozialer und technischer Beziehung.“

Wenn aber dennoch ein Zweifel sein könnte, ob auf Grund des Wortlautes der Satzung, vielmehr des vorstehenden Absatzes, dieser Verband tariffähig ist, so ist die Tatsache zu verzeichnen, daß man sich auf den Tagungen dieses Verbandes stets sehr ausführlich über Lohn- und Tarifrfragen auspricht. Fast alle dem Reichsverband angeschlossenen Landesverbände schließen Tarifverträge mit den anerkannten Gewerkschaften ab.

Doch abgesehen davon, schloß der Mitteldeutsche Zieglerbund noch am 20. April 1927 für die Ziegelindustrie Halle einen Lohnvertrag ab. Unzweifelhaft war zu diesem Zeitpunkt der Beschluß der Mitglieder obigen Verbandes auf Tariffähigkeit bereits gefaßt. Anderenfalls müßte der Beschluß ganz plötzlich gefaßt sein, denn zum 20. April 1927 sollte eine Schlichterkammer tagen zwecks Abschluß eines Manteltarifs für ganz Thüringen.

Auf diese Tagung hatte der MDZB. einen Vertreter entsandt, der folgende Erklärung abgab:

„Durch Beschluß einer Mitgliederversammlung wird dem Mitteldeutschen Zieglerbund die Fähigkeit, Tarifverträge abzuschließen, entzogen.“

Eine später tagende Schlichterkammer erklärte dann auf Grund der abgegebenen Erklärungen den MDZB. für nicht tariffähig.

Daß sich der MDZB. trotz seiner amtlich becheinigten Tariffähigkeit auch weiterhin auf seinen Tagungen, und zwar oft sehr ausführlich, mit Lohn- und Tarifrfragen befaßt hat, geht aus einem großen Teil aus den Berichten, die darüber erschienen sind, hervor.

Erst in letzter Zeit erschien wieder ein solcher Bericht in der „Tonindustriezeitung“ Nr. 14 vom 18. Februar 1929. Der Bericht befaßt sich mit einer Gruppenversammlung des MDZB., welche am 17. Januar stattfand. In dieser Versammlung hat sich der Synodus dieses Verbandes, Herr Liebenhagen, des langen und breiten auch über Lohnfragen ausgeprochen und — wie ja nicht anders erwartet werden konnte — heftig gegen jede weitere Lohnerhöhung ausgesprochen.

Als Folge dieser Ausführungen ist ein Beschluß der im MDZB. organisierten Ziegeleibesitzer herbeigeführt, daß in diesem Jahre keinerlei Lohnerhöhung zuzugelassen sei und lieber die Betriebe geschlossen zu halten seien.

Daß sich der Mitteldeutsche Zieglerbund auch weiterhin um Lohn- und Tarifrfragen eifrig bekümmert, zeigt folgender Auszug aus einer Notiz der „Erbeiter-Tribüne“ vom 11. März 1929:

„An einer späteren Versammlung der Unternehmer des Geraer-Föhnecker Bezirkes, die nach den ersten diesjährigen Lohnverhandlungen stattfand, nahm auch Herr Walter vom MDZB. teil. Auch er trat in diesem Falle als Schürfmacher auf. Es soll dabei zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen sein.“

Wir stellen also folgendes fest:

1. Der MDZB. beschäftigt sich mit Lohnfragen und versucht, die Bezirksarbeitsbewegungen in seinem reaktionären Sinne zu beeinflussen.
2. Durch sein Verhalten heftigt der MDZB. unsere Behauptung, daß der MDZB. nicht nur ein Gewerkschaftsverein der Ziegeleibesitzer, sondern eine tariffähige Arbeitgeberorganisation ist.

Wenn der MDZB. sich anmaßt, in die Tarifverhandlungen in den einzelnen Bezirken einzugreifen, dann sollen die Herren auch den Mut zur Verantwortung aufbringen. Dieses beobachtete unterirdische Wühlen paßt schlecht zu der Marke eines harmlosen Vergnügungsvereins.

Indem wir die Herren vom MDZB. etwas demaskierten, wollten wir ihr wahres Gesicht zeigen. Unter der Maske des MDZB. verbirgt sich bornierte Rückständigkeit verbunden mit einem erschreckenden Mangel an Verantwortungsgefühl.

Hewes-Dorsten.

Am 17. März wurden in Dorsten und Schermbel stark besuchte Versammlungen der Schermbelradicalindustrie abgehalten. Der Bezirksleiter, Kollege Schürmker, referierte über das Thema „Die Grundfragen des Lohn- und Mehrarbeitszeitabkommens der Rhein-Westfälischen Ziegelindustrie“. Einleitend legte er die Gründe dar, die zur Gründung der bestehenden Tarife geführt haben. Die richtige Arbeitsweise verlangte gebieterisch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. In den Verteilen des Unternehmens durch Modernisierung und Rationalisierung der Betriebe müsse die Arbeiterschaft teilhaben in

Form verführter Arbeitslosigkeit und höherer Löhne. Die Stiegelindustrie des hiesigen Bezirks hat ein gutes Geschäftsjahr hinter sich, ebenso sind die Aussichten des kommenden Jahres nicht schlecht. Um so unverständlicher sei das Verhalten des Unternehmers, keine Zuschläge für die Überstunden mehr zahlen zu wollen. Sodann wurde das Verhalten des Gläubiger Arbeiters in der Verhinderung der Jugendlichen zu landwirtschaftlichen Arbeiten in die östlichen Provinzen stark kritisiert, besonders aus dem Grunde, weil in der Beschäftigung auf den hiesigen Werken durch den Frost nur eine verhältnismäßig kurze Unterbrechung der Arbeit stattgefunden habe. Beurteilt wurde auch das Verhalten einiger Betriebsleitungen in der Zusammenarbeit mit der Vertretung der Arbeiterchaft. Es scheint bei einigen Leitungen eine sehr grobe Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes zu bestehen, die noch in letzter Zeit dazu geführt haben, Klagen beim Arbeitsgericht einzureichen, die auch erfolgreich abgeschlossen wurden. Bedauerlich ist es nur, daß anstatt einer solchen Situation ein kleiner Teil der Kollegen sich nicht fertig bringt, ihre selbst gewählten Vertreter bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen. Statt dessen scheitern sie jenen Gehör, deren Zeit im Schermelder Gebiet zu Ende ist. Den Wählern auf der Jdnaholl wird es nicht gelingen, ihr Vorhaben, eine Zersplitterung der Arbeiterchaft herbeizuführen, durchzuführen. Nur eine große Organisation bietet die Gewähr für eine wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen, darum möge die Schermelder Kollegenschaft dafür Sorge tragen, daß bald der letzte uns noch fernstehende der Organisation beigetreten wird, dann braucht es uns um die kommenden Kämpfe nicht bange zu sein.

Die Geschichte vom fleißigen und faulen Arbeiter.

Seit es eine Erwerbslosenunterstützung gibt, gibt es Kreise, die gegen diese von der Arbeiterchaft errungene Position anfeindlich sind. In dem Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das die Prüfung der Bedürftigkeit beseitigt und dem Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf die Unterbringung gewährt, hat sich dieser Kampf zu einer Debatte erweitert, die mit den verlogenen Mitteln geführt wird. Weil selten ein Fall der Ausnutzung der Verfügung vorhanden ist, werden solche erfinden. Der Zweck heiligt ja die Mittel.

So ging in den letzten Wochen durch die bayerische „christliche“ Presse ein Artikel, von dem jeder, der auch nur eine Ahnung von den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hat, weiß, daß er erlogen ist. Daß dieser Artikel angeordnet durch jene Presse ging, die von sich behauptet, daß 8. Gebot Gottes in Erbpacht genommen zu haben, ist bezeichnend. Daß diese Presse jener Partei gehört bzw. nahesteht, in der die christlich organisierten Arbeiter ihre Vertretung erblicken, möchte auch den letzten aus jenen Reihen zur Bestimmung dringen und ihm sagen: „Mein, einer Richtung, die in solch schmutziger Weise gegen meine Interessen kämpft, kann ich nicht angehören. Ich schließe mich den freien Gewerkschaften, dem Fabrikarbeiterverband, an.“ Vier erhalten die christlich organisierten Arbeiter von ihrer eigenen „Vertretung“ eine Dreiecke. Wollt ihr euch das so ohne weiteres gefallen lassen? Wenn ja, dann dürft ihr euch allerdings nicht beschweren, wenn diese Debe den „Erfolg“ hat, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz verschlechtert oder beseitigt wird. Denn das ist der Zweck dieser Debe. Verneinen denfalls aber müßt ihr die einzig mögliche Folgerung ziehen: Heraus aus den christlichen, hinein in die freien Gewerkschaften!

Warum handelt es sich nun in diesem Artikel und wie ist es, in Wirklichkeit? Da soll irgendwem in Oberbayern (bis jetzt wohnte er in der Oberpfalz) ein alter, armer Mann wohnen, der 40 Jahre lang in harte Arbeit und Armut als Waldarbeiter lebte. Sein Weg zur Arbeitsstelle war oft mehr als zwei Stunden. Rückmeldung gab's nicht. Um 6 Uhr früh ging's zur Arbeit, um 8 Uhr abends kam er heim. Wegen des geringen Lohnes arbeitete er noch von 1 Uhr nachts bis 6 Uhr früh in einer Stiegelei. Der Mann war aber immer glücklich und zufrieden (so heißt es im Artikel). Jetzt ist er 70 Jahre alt und erhält eine Altersrente von monatlich 25 RM. Er ist zufrieden. — Aber im gleichen Dorf soll ein unberühmter Würstchen von 25 Jahren wohnen, dem anläßlich eines Wases eine länger währende Arbeit angeboten worden sei, die er aber abgelehnt habe mit der Begründung, er säge Arbeitslosigkeit vor, da er damit besser dran sei. Der junge Mann beziehe nämlich in der Woche 24 RM Arbeitslosenunterstützung.

Zunächst zu dem alten Mann. Sein Leben als Waldarbeiter vor dem Kriege ist bestimmt nicht zu schwarz gemalt. Im Gegenteil. Ich möchte den deutschen Waldarbeiter kennen, der vor 1918 erst um 6 Uhr in der Frühe in die Hölle der Hölle kam, um dort um 12 Uhr wieder in die Hölle zu gehen. Den Abendtag gab's nicht, heißt es im Artikel. Doch, dieser Waldarbeiter hatte ihn. Da er erst morgens um 6 Uhr fertig und um 8 Uhr abends schon zu Hause war, aber mehr als 2 Stunden Weg hatte, kam er erst nach 8 Uhr an die Arbeitsstelle und mußte die gleiche Fahrt von 6 Uhr wieder verlassen. Unter Abrechnung der Frühstücks-, Mittag- und Veperstunden blieben tatsächlich nur 8 Stunden Arbeitszeit. Hat es das vor 1918 bei einem Waldarbeiter gegeben? — Nein. Und deshalb ist eben darauf zu bestehen, daß dieser arme, alte Mann erachtet, erlegen ist. Tatsache ist nur, daß es Leute in diesem Alter gibt, die eine so niedrige Invalidenrente beziehen. Es ist aber völlig überflüssig, diese Leute deshalb zu bedauern. Davon haben sie nichts. Die Vertreter aller dieser christlichen Zeitungen haben demnach Gelegenheit, diese Ungerechtigkeiten im Reichstag zu beheben. Arbeiter, habt ein Augenmerk auf diese Verhandlungen. Ihr werdet eure blauen Wunder erleben.

Nun zum jungen Würstchen. Nach § 104 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AWVG) bestimmt sich die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nach dem Einkommen. Sie ist im § 107 AWVG geregelt und beträgt für den Arbeitslosen ohne Angehörigen in der niedrigsten Lohnklasse 75 Proz. in den 4 höchsten Lohnklassen bis zu 35 Proz. des Einheitslohnes. Einkommen der Familienangehörigen hat die Unterstützung in den 2 niedrigsten Lohnklassen 75 Proz., in den vier höchsten 70 Proz. der Lohnklasse nicht übersteigen. Die niedrigste Unterstützung beträgt für den Ledigen 6 RM, die höchste 22 RM pro Woche. Selbst wenn dieser junge Würstchen also die höchste Unterstützung erhalten hätte, konnte er nur 22,50 RM in der Woche erhalten. Dann wärte er aber in den letzten 3 Jahren vor der Arbeitslosigkeit jede Woche mehr als 2 Wochen verdienen. Da ist das oberbayerische oder oberpfälzische Wort, wo ein Würstchen Mensch das verdient? Arbeiter mit diesem Lohn und nicht in der Arbeitslosigkeit stehen, und dann... und bestaunungswürdige Sachverhalte.

Ja, könnte man jemand einwerfen, damit, daß der Würstchen für den letzten Arbeiter nur 22,50 RM pro Woche beträgt, ist nicht bezweifelbar, daß unser Würstchen Würstchen nicht doch 24 RM verdient, er kann ja Angehörige haben, für die er den Familienunterstützung erhält. Das ist richtig. Zunächst ist jedoch festzustellen, daß es einen Altersunterstützung von 24 RM überbietet nicht gibt. In der Lohnklasse VII ist der Altersunterstützungsbetrag bei 5 und mehr Angehörigen 24 RM in der Lohnklasse VIII bei 4 Angehörigen 22,50 RM. Der Familienunterstützungsbetrag für 4 Angehörige beträgt, die gegen den Arbeitslosen einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch haben (Widowern, Eltern, Ehegatten, Kinder), sowie Erieh- und Pflegekinder, aber nur dann, wenn sie vom Arbeitslosen vor der Arbeitslosigkeit ganz oder überwiegend unterhalten wurden. Will man jemand behaupten, daß dieser junge Würstchen mehrere Angehörige hat, erst, auch noch ein lediges Kind haben müßte, um den Zuschlag für 4 oder 5 Angehörige zu erhalten? Insgesamt aber, es wäre richtig: Dann hätte

ein wahrheitsliebender, objektiver Berichterstatter dies der Öffentlichkeit mitteilen müssen. Denn dann ist diese Unterstützung für die Ernährung von drei bis vier Generationen in einer Familie bestimmt. Und die Tatsache, daß dieser junge Mensch so für seine Angehörigen sorgt, ehrt ihn. Sie beweist aber auch, daß dieser junge Mensch nicht „arbeitslos“ sein kann. Diese Arbeitslosen scheint vielmehr bei dem Erläuterer dieser Geschichte zu Hause zu sein. Würde dieser arbeiten, könnte er solchen Blödsinn nicht erfinden.

Noch eines zur abgelehnten Arbeit. Eine angebotene Arbeit kann nur unter bestimmten Voraussetzungen, die in § 90 AWVG niedergelegt sind, abgelehnt werden. Der Erläuterer dieser Geschichte hätte also angeben müssen, ob ein berechtigter Grund zur Ablehnung vorlag oder nicht. Wenn aber keiner der im Gesetz vorgesehene Ablehnungsgründe vorlag, dann hätte ein objektiver Berichterstatter der Öffentlichkeit sagen müssen, daß dem jungen Würstchen die Arbeitslosenunterstützung entzogen wurde. Das war aber nicht Zweck der Notiz. Der Zweck war die Debe gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit dem Ziele der Verschlechterung und Vereinfachung desselben, die Verschumpfung und Verächtlichmachung der Arbeitslosen und damit der Arbeiterchaft.

Dieser Artikel der Bayer. Volksparteipresse dürfte auch in den vom Ditta herausgegebenen Beilagen erscheinen und damit einer großen Zahl von Arbeitern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese Beilagen wollen aber unter allen Umständen neutral sein. Wie diese Neutralität anzusehen, haben sie mit der Hebernahme des gebrandmarkten Artikels gezeigt. Sie haben sich auf die Stufe der niedrigsten Heblblätter gestellt, denen jedes, auch das unständigste, verlogene Mittel recht ist, um ein Ziel zu erreichen.

Arbeiterinnen, Arbeiter!, könnt ihr es mit eurer Ehre vereinbaren, ein solches Blatt auch nur in die Hand zu nehmen? Ein Blatt, das euch verächtlich macht, euch mit diesem erfindenen Menschen als arbeitslos bezeichnet? Weht hierauf die einzig mögliche Antwort: Keine Beilagenzeitung mehr in die Hand!

N. Meyer-Kittling.

Rheinische Arbeiterlänger konzertieren in Paris.

Alte, durch den Krieg jah unterbrochene Beziehungen wieder aufzunehmen, schieden sich der Volkschor „Freiheit“ Düsseldorf und die „Freie Sängervereinigung“ Düsseldorf. Am 1. März 1914 hatte der Volkschor „Freiheit“ Düsseldorf eine Konzertreise nach Paris unternommen und dort eine überaus gastliche Aufnahme gefunden. Kriegsbrand und Nachkriegszeit, wie groß auch die Erleichterungen gewesen sind, die rheinischen Arbeiterlänger wagen den Schritt: nach 15 Jahren wird sie ihre erste Auslands-Konzertreise abermals nach Paris führen. Gemeinsam mit dem Düsseldorf rüsten sie auf die Fahrt und freuen sich auf das Wiedersehen mit den Genossen in Frankreich. „Seht, wir sind noch die Alten. Wir sind vor dem Krieg zu euch als Freunde gekommen. Wir erkennen nicht die Schranken an, die man zwischen euch und uns errichtet hat und weiter ausgerichtet halten möchte. Nehmt uns als Freunde auf. Wir wollen mit unserem Singen auch das Unselige dazu beitragen, veressen zu machen, auszulöschen, was in diesen furchtbaren Kriegsjahren gewohnt ist.“

Unter Leitung ihres Dirigenten, Dr. Franz Paulig, werden die beiden Chöre, 400 Sängern und Sänger, Beethoven IX. Sinfonie und Verdis „Requiem“ zu Gehör bringen. Vorgehen sind weiterhin Klavierkonzerte mit A-cappella-Liedern. Die Reise ist für die Samstagtage vorgesehen und soll eine Dauer von fünf Tagen haben: Abfahrt am 17., Rückkehr am 21. Mai. Die Düsseldorfer und Düsseldorf Freunde sind bereit, auch Angehörigen anderer Chöre und Genossen die Teilnahme an dieser Reise zu ermöglichen, die einschließlich aller Kosten (Verpflanzung in guten Hotels, Autofahrten unter deutschsprachigen Führern, Eintrittsgelder usw.) auf 57 RM bei Benutzung der Hochbahn und 105 RM bei Benutzung der Volksklasse der Eisenbahn zu stehen kommen dürfte. Nähere Auskunft erteilen auf Wunsch gern die Obere des Reiseausflusses Karl Hartmann, Düsseldorf, Jacobstr. 14, und Hans Wiesens, A-refeld, Kronprinzstr. 65. Anmeldungen an obige Adressen bis spätestens 1. April 1929 unter Einzahlung eines Betrages von 10 RM, bis 15. April weitere 50 RM; der Restbetrag muß bis 1. Mai beglichen sein.

Worms. Generalversammlung.

Am 3. März tagte im Volkshaus die diesjährige Delegierten-generalversammlung der Zahlstelle Worms. Der Geschäfts- und Kassensbericht, welcher den Delegierten vor der Generalversammlung vorgelesen wurde, wurde erläutert und ergänzt von dem Geschäftsführer der Zahlstelle, Koll. A. Behr. Ihr Hauptaugenmerk legte die Geschäftsleitung auf die Gewinnung und Erziehung von Vertrauensmännern in den Betrieben. Wenn in einigen Betrieben keine Fortschritte in organisatorischer Beziehung zu verzeichnen sind, so liegt dies an der Interessenlosigkeit der betreffenden Arbeiterchaft. Einwandfrei ist festzustellen, daß da, wo schaffensfrohe Betriebsräte und tatkräftige Vertrauensleute vorhanden waren, auch die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen. Wirtschaftlich betrachtet, war die Lage der uns unterstützten Industrien im großen und ganzen zufriedenstellend. Mit Ausnahme der Textilindustrie war eine normale Beschäftigung vorhanden. Die im Frühjahr 1928 gekündigten Tarifverträge wurden alle ohne Kampf neu abgeschlossen. Die errungenen Löhnerhöhungen spielen zwischen 4 und 8 Pf. pro Stunde. Lediglich der Arbeiterchaft der Firma W. J. D. Fallenberg blieb im Jahre 1928 eine Löhnerhöhung verweigert, da der Schiedsgericht für die gemischte Textilindustrie von Worms, für die Textilindustrie nicht für verbindlich erklärt wurde. Möge die Zahlstelle beider Firma endlich begreifen, daß Lohnfragen Beachtung und. Eine wesentliche Verbesserung wurde auch in der Beschäftigung erzielt. Ein gehöriges Stück Aufklärungs- und Erziehungsarbeit war notwendig, um die Mitgliedschaft von der angemängelter Beitragsleistung zu überzeugen. Sehr viel zu wünschen ist heute noch die Bezahlung der Hausfondsmarken zur Finanzierung des Wormser Volkshauses. Über 800 RM müßte die Lokalkasse im Jahre 1928 bringen, um den Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle G. m. b. H. nachzukommen. Die vom Bezirksratell für Körper- und Geisteskultur veranstalteten Auswandsporttage hätten von den Funktionären besser beachtet werden dürfen. Behr erwähnte zum Schluß, daß das Jahr 1929 einen weiteren Aufstieg der Zahlstelle Worms bringen mußte, dazu sei, bei notwendig, daß alle Funktionen sich weiterhin in den Dienst unserer guten Sache stellen.

Aus dem Kassensbericht ist folgendes zu entnehmen: Gesamteinnahme: 3925,55 RM. An Erwerbslosenunterstützung wurde ausbezahlt 1279,65 RM. Der Kassensbestand der Lokalkasse betrug am Ende des Jahres 870 RM.

An der Ansprache beteiligten sich die Kollegen: F. Horst, Ph. Selbert, Heinrich Behr, J. Kapper, Fr. Fuchs, G. Busch. Alle Kollegen unterstützten die Ausführung des Koll. Behr und waren mit der geleisteten Arbeit zufrieden. Auf Antrag der Referenten wird dem Vorstand und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag des Koll. Horst wegen anderer Beitragsregelung für die Hausfondsmarken wurde dem Vorstand als Material überwiesen.

Unter anderem gab Koll. Madori bekannt, daß die Zahlstelle Worms im Jahre 1929 23 Jahre besteht. Der Vorstand unterbreitet daher der Generalversammlung den Antrag, daß dieses Ereignis durch eine schlichte Feier festgehalten wird und

daß die Geschichte der Zahlstelle in einer gebrauchten Festschrift unseren Mitgliedern zur Kenntnis gegeben wird. Die Veranlassung war damit einverstanden und beauftragte den Vorstand, nötigen Verarbeiten zu leisten. Ein Antrag des Koll. Madori unser Haus Speyererstr. 28 zu verkaufen, wurde, nachdem Kollegen Franz Fuchs, Wilhelm Madori und Gaule Fritz Mühl dagegen gesprochen hatten, gegen zwei Stimmen gelehnt.

Zur Vorstandswahl wurde der Vorschlag der Wormser Mitgliedschaft ein bloc angenommen. Demnach setzt sich der Vorstand für das Jahr 1929 wie folgt zusammen: W. Madori, A. Behr, Fr. Fuchs, G. Fuchs, K. Madori, Fr. Fuchs, H. Selbert, K. Krömer, Ph. Ader, L. Schäfer, Ph. Behn, Koll. Madori dankte für das bewiesene Vertrauen und wünschte, daß das Jahr 1929 der Zahlstelle Worms einen weiteren Aufstieg bringen möge.

Kollege, Gauleiter Fritz Mühl, referierte sodann über Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften. Mögen seine Worte die Lage der Arbeiterchaft Deutschlands sowohl in politischer als in gewerkschaftlicher Beziehung äußerst ernst ist, dazu beitragen, daß die Reihen der Organisation mehr gestärkt werden.

Nach Schluß der Versammlung vereinigte ein gemütliches Beisammensein der Delegierten der Generalversammlung und Wormser Mitgliedschaft auf einige Stunden in den umgebauten Restaurationsräumen unseres Fabrikarbeiterheims. N. Behr.

Literarisches.

„Löhne und Konjunktur in Amerika.“ Von Jürken Kuczynski. Statistische der American Federation of Labor. Verlag der Finanzpolitischen Korrespondenz, Berlin-Schlachtensee, Terrassenstr. 17. (Preis 3 RM.) Jürken Kuczynski, der Sohn des bekannten Volkswirtschaftlers und Statistikers R. Kuczynski, dem wir u. a. das Werk „Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870 bis 1909“ verdanken, arbeitet als Statistiker bei amerikanischen Gewerkschaftsbund. In dieser Eigenschaft untersucht die Entwicklung der Reallohne in den Vereinigten Staaten. Dabei zeigt sich, daß die Lohnkosten in Amerika trotz ihrer gewaltigen Steigerung Verhältnis zu den Gesamtkosten der Produktion seit 1899 wenig geschwankt haben, und daß im letzten Jahrzehnt der Lohnanteil an den Gesamtkosten der Produktion sinkende Tendenz zeigt. Weitere Untersuchungen beschäftigen sich mit den Schwankungen der Kaufkraft des Lohnes in Zeiten von Hochkonjunktur und der Krisen, mit den Löhnen der „Starken“ und „Schwachen“ und mit der neuen Lohnpolitik der amerikanischen Gewerkschaften, die darauf abzielt, den Reallohn der Arbeiterschaft entsprechende der zestierenden Produktivität zu erhöhen, weil sonst „soziale Ungerechtigkeiten, wirtschaftliche Unsicherheit und Unzureichendheit steigen müssen“. Schlüsselpunkt wird auch festgestellt, daß diese neue Lohnpolitik der amerikanischen Gewerkschaften weit entfernt davon ist, eine Annäherung an den Sozialismus zu sein. Das Buch lezt Zeugnis ab von den Bemühungen o amerikanischen Gewerkschaften, die Hilfe der Wissenschaft zur Unterstützung ihrer Politik heranzuziehen. Es bringt sehr gute Informationen über die amerikanischen Löhne. Wir können es insbesondere unseren Funktionären, die sich mit lohnpolitischen Fragen beschäftigen, auf das wärmst empfehlen. Das in dem Buch verarbeitete statistische Material entstammt dem Statistischen Amt der Regierung der Vereinigten Staaten. Wir müssen es bedauern, daß in Deutschland die Möglichkeit solcher Untersuchungen nicht besteht wegen Mangels an Material.

Reisen, ein schlichtes Wort und doch — weicht eine Pflanze von Gedanken und Wünschen schließt es in sich. Jedermanns Wunsch und Ergeh ist, wenigstens einmal im Jahre der gewohnten Umgebung zu erfliehen. Erholung und schönes Erlebnis anderswo zu suchen. Besondere der Arbeiter und Angestellte hat das berechtigete Bedürfnis, die Schönheit der Welt, andere Menschen, andere Sitten und Gebräuche kennenzulernen. In nach Jahrenlangem Kämpfen ernteten Urlaub so zu verbringen. Ein bleibender Gewinn ist aufgewandte Mühe lohnt. Dem einzelnen stellen sich dabei jedoch große Schwierigkeiten entgegen und ohne Rat und Mittheil erfahrener Institutionen wird die Urlaubsreise meist zu teuer. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, dessen Tätigkeitsgebiet sich heute bereits 17 Ländern mit rund 200 Ortsgruppen über die ganze Welt erstreckt, die berufenen Organisation, preiswerte Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte durchzuführen.

Der soeben erschienene Prospekt, „Ferienreisen 1929 mit den Naturfreunden“, enthält in geschmackvoller Aufmachung, auf bestes Kunstverständnis gedruckt und reich illustriert, vier größere Reisen und zwar eine Reise nach Wien-Oesterreich und Hamburg-Nelkoland-Ostsee, sowie zwei Reisen in die herrliche Schweiz. Die Reisen gehen mit Sonderzuschüssen auf, die in einer großen Anzahl von Touren, unter der Leitung von bewährten, weckundigen Führern, die schönsten Gebiete der Frage kompenden Länder besuchen.

Diese kleine Schritt ist mehr als ein bloßer Reiseversuch, es ist ein Führer für interessante Geheirten, abwechslungsreiche Fahrten von Ort zu Ort, schöne Heidewanderungen, von dauerndem Wert. Die Broschüre ist gegen Entsendung von nur 40 Pf. in Brietmarken von allen Ortsgruppenleitungen oder direkt vom Touristenverein „Die Naturfreunde“ — Reichsleitung für Deutschland — Reiseabteilung — Naturliebhaber-Sondersbüchler 5 zu beziehen. Handbuch der Betriebsräte in Gemeinde- und Staatsbetrieben. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsbetriebe, Berlin 50 36, Schloßstrasse 42, bearbeitet von Rudolf Weck. — Das Handbuch enthält die arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen sowie die zu den einzelnen Bestimmungen bisher vorliegende Spruchpraxis des Reichsarbeitsgerichts. Zeichnungen sollen in manchen Fragen die Zusammenhänge erläutern. Das Handbuch kostet für Gewerkschaftsmitglieder 2,00 RM, sonst 4 RM. Wer mit Betriebsratsfragen zu tun hat und ein gutes Nachschlagewerk braucht, sollte an dieser Neuerscheinung nicht achtlos vorbeigehen und sie bestellen.

Ausflug.

Ausflugelassen wurde das Mitglied der Zahlstelle Frankfurt/Oder: Paul Richter, Buch Nr. 14 986 auf Grund des § 14, Biffer 3 d unseres Verbandsstatutis.

Berichtigung.

Im „Keramischen Bund“ Nr. 11 ist der Artikel über „Vorübergehende Beschäftigung“ veröffentlicht. Es ist dem Setzer dabei ein Irrtum insofern unterlaufen, als er in 2 Absätzen auf S. 62 Spalte 2 anstatt „§ 226 BGV.“, „§ 226 BVO.“ gesetzt hat. Das ist zu beachten.

Arbeitsmarkt.

- Tüchtiger, flotter, lediger Maler, welcher auch gleich vergolden kann, sowie floter Porzellanmaler, für reichsondarbeiten sofort gesucht. Porzellan-Manufaktur August Kollhoff, Münster i. Westf. (41)
- Suche für sofort zwei tüchtige Gehilfen auf Stielzug, Rheinische Touren. Meldungen sind zu richten an Glasmachermeister Friedrich Wöhrer, Küfeler Str. Kreis Glas, Schlef. (42)
- Gesucht werden 2 tüchtige Hülfsmacher auf Hochglas. Offerten sind zu richten an: Josef Bauer, Dresden-N., Schützenplatz 20, 111. (43)
- Ein tüchtiger Walzenfleischer, der mit der Spiegelfabrikation vertraut ist, findet sofort Dauerstellung. Zu erfragen: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Dameshüdenstr. 6. (44)
- Gesucht wird ein tüchtiger Gehilfe auf Großzeug und Hohlglas zum baldigen Antritt. Lohn proportional vom Glasmacher verdienst. Ferner werden mehrere Hülfsmacher für Konventionen gesucht. Lohn ebenfalls proportional vom Glasmacher verdienst. Kost und Logis vorhanden. Angebote sind zu richten an Ernst Wöhrer, Arbeitsnachweis, Hunsland, Schlef. Glasbütte I. (45)
- Jünger, intelligenter Glasarbeiter, auf Medizin und Naturgut eingearbeitet, für Arbeiten an der Maschine nicht abgeneigt findet sofort oder später Stellung. Angebote sind zu richten an die Verwaltung der Bezirkszahlstelle Augusthütte/Tühr., Bahnhofstr. 81. (46)
- Tüchtiger Schmelzer sucht Stellung, Löhne bevorzugt. Gelibiger schmilzt jede Sorte Glas. Schleifmeister, firm im Sprengen auf Stein und Maschine, Schirme, Großzeug, Einblekreismacher, Stellan, Wohnuna Medizinera, durch Willib Steilmacher, Welmssdorf b. Wilmshausen (Sa.). (47)
- Gebirger, perfekter Feilbrecher für Hoch- und Niederspannungsschleifern, Durchführungen und Stäben sucht anderweitige Stellung. Angebote sind zu richten an die Redaktion des Keramischen Bundes unter F. 32. (48)
- Tüchtiger, flotter, lediger Maler, welcher auch zu

Verlag: Hermann Grunzel, Charlottenburg, Brabeitr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edmund Neuninger, Charlottenburg, Brabeitr. 2-5. Drud: E. Janisewski, Berlin SO 26, Gliabathufer 28/29.